

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 28. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wer hat das Geld?

Die dem preussischen Dreiklassenparlament vorgelegte Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1905 und zur Ergänzungssteuer für die Veranlagungsperiode 1905/07 zeigt, ob das Glend der Masse und der Reichtum der Wohlhabenden gewachsen ist. Gleichzeitig gibt diese amtliche Uebersicht Winke für eine Reform der Einkommen- und Vermögenssteuer, mit dem Ziele der Befreiung der Einkommensteuer für Jahreseinkommen bis 3000 Mark unter Gestaltung einer progressiven Einkommensteuer und unter Einführung einer Vermögenssteuer auf große Vermögen.

Das trockene Zahlenmaterial legt außerordentlich beredt die Ungerechtigkeit der bestehenden Zustände und das Ausbeutungsfieber dar, das die Pfadfinder für neue Reichsteuern gegen die arbeitende Klasse befehlen hat.

Wie viele Personen haben in Preußen ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 900 Mark?

Von den 36 269 439 Personen, deren Zahl sich bei der zum Zweck der Steuerveranlagung stattgefundenen Personenstandsaufnahme in Preußen ergab, sind deshalb, weil bereits bei der Veranlagung ihr Einkommen als 900 Mark jährlich nicht übersteigend sich herausstellte, 20 474 257 Personen, das sind 56,48 Prozent der Bevölkerung, steuerfrei geblieben. Zu diesen treten aber noch als steuerfrei diejenigen, deren Veranlagung unter Berücksichtigung der §§ 18 und 19 des Einkommensteuergesetzes herabgesetzt werden mußte. Nach § 18 muß nämlich bei den bis zu 3000 M. veranlagten Personen für jedes Kind unter 14 Jahren der Betrag von 50 M. in Abzug gebracht werden. Unter Berücksichtigung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Herabsetzung der ursprünglichen Veranlagung betrug bei noch 309 685 Jenkiten (das heißt: zur Steuer Veranlagten) das Jahreseinkommen höchstens 900 M. § 19 des Einkommensteuergesetzes gestattet bei einem Jahreseinkommen bis 9500 M. die Berücksichtigung besonderer, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigender wirtschaftlicher Verhältnisse. Unter Anwendung dieser Vorschrift sind 4 302 432 Veranlagte von der ursprünglichen Steuerstufe herabgesetzt worden. Hierdurch sind (einschließlich der Personen, deren Veranlagung ausgesetzt ist) 1 571 806 Personen in die steuerfreie Einkommensstufe gekommen. Steuerfrei blieben endlich 9006 Personen als Exterritoriale und dergleichen.

Mithin mußten im Jahre 1905 insgesamt 22 364 754 Personen, das sind 61,66 Proz. der Bevölkerung wegen zu geringen Einkommens völlig steuerfrei bleiben. Die danach verbliebenen 13 904 685 Personen, also nur 38,34 Proz. der Bevölkerung sind, weil ihr Jahreseinkommen 900 M. jährlich überstieg, zur Staatssteuer veranlagt.

Diese Anzahl der Steuerfreien zeigt, absolut und relativ genommen, eine große und wachsende Verelendung der großen Menge in Preußen. Der Finanzminister und die bürgerlichen Parteien behaupten, daß diese Zahl im Gegenteil eine wachsende Verbesserung der Lage der großen Menge beweise. Ihre Behauptung beruht auf offensichtlichem Uebersehen erheblicher Umstände. Die Zahl der Steuerfreien betrug in den Jahren 1904, 1902, 1900, 1899, 1896: 62,93, 64,61, 66,86, 68,57, 70,70 Proz. der Bevölkerung. Es ist also, allein diese Zahlen betrachtet, die Zahl der nur bis 900 M. Veranlagten von über zwei Drittel der Bevölkerung in 10 Jahren auf gegen zwei Drittel der Bevölkerung herabgesunken. Aber hierbei bleibt die Tatsache unberücksichtigt, daß die Steuerlast in wachsendem Maße insbesondere den nicht Wohlhabenden gegenüber stärker angezogen ist. Wiederholt haben wir an Einzelfällen darlegen müssen, wie den Mindermittelhabenden die Reklamation fast unmöglich gemacht wird. Reklamanten werden während der Arbeitszeit auf Polizei- und Steuerbureaus geladen, so daß sie lieber auf ihre berechnete Reklamation verzichten, als ihren Tagelohn infolge der Vernehmung zu verlieren. Aber auch wenn die Art der Veranlagung in den zehn Jahren keine strengere geworden wäre, beweisen die wiedergegebenen Zahlen nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lebenslage. Denn gerade bei den zur Lebenserhaltung kaum ausreichenden Jahreseinkommen fällt die Verteuerung der Mittel zum Lebensunterhalt außerordentlich ins Gewicht. Allein die Steigerung der Mieten und der Lebensmittel ist innerhalb der letzten zehn Jahre eine so ungeheure geworden, daß ein Geldbetrag von 1200 M. im Jahre 1905 schwerlich ausreicht, um dieselbe Art der Bekleidung und Lebensmittel zu beschaffen, die im Jahre 1896 für 900 M. zu haben waren. Als zum Lebensunterhalt erforderlich und deshalb unspendbar bezeichnete bereits das Lohnbeschlagnahmengesetz vom 21. Juni 1869 ein Jahreseinkommen von 1200 M., die Zivilprozessordnung vom 30. Januar 1877 ein Einkommen von 1500 M. Legt man selbst diese vor nunmehr fast 30 Jahren als unentbehrliches Mindesteinkommen vom Reich bezeichnete Höhe zugrunde und läßt man außer acht, daß 1500 M. im Jahre 1877 mehr bedeuteten als 2000 M. im Jahre 1905, so ergibt die Einkommensteuerstatistik dennoch, daß heute in

Preußen mehr als drei Viertel der Bevölkerung weniger Jahreseinkommen haben, als bereits im Jahre 1877 vom Reich als unentbehrlich anerkannt ist! Fühlen denn die neunmalweisen Wortführer der bürgerlichen Parteien und voran ihr mit 50 000 M. Jahresgehalt dotierter Geschäftsführer in der preussischen Finanzverwaltung nicht, daß ihre Jubelreden über eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse nur als bitterste Verhöhnung des Glends der Arbeiterklasse empfunden werden kann? Durch die schönen Reden der Herren wird der Hunger, die Not, das Glend der werktätigen Bevölkerung weder gelindert, noch gar beseitigt.

Die dem Landtag unterbreiteten Ergebnisse der Steuerveranlagungen lassen leider seit Jahren eine Spezifizierung der Einkommen bis 900 M. und eine solche der Einkommen von 900 bis 3000 M. vermischen. Die Spezifizierung würde das Bild des Glends noch sinnvoller machen. Beträgt doch in mehr als zwei Drittel Teilen des preussischen Vaterlandes das der Berechnung der Jubiliden- und Unfallrenten zugrunde gelegte Jahreseinkommen weit unter 600 M.

Wie viel von den Veranlagten waren mit einem Jahreseinkommen unter 3000 Mark veranlagt?

12 262 036 Personen, also 33,81 Proz. der Bevölkerung.	Nur 1 646 649, also 4,53 Proz. der Bevölkerung waren mit einem Einkommen von mehr als 3000 bis 6000 M. veranlagt 1 083 802. Das sind also 2,99 Proz. der Bevölkerung. Mithin hatten ein Jahreseinkommen von über 6000 Mark noch nicht 2 Proz. der Bevölkerung, nämlich 1,54 Prozent der Bevölkerung. Im einzelnen hatten ein Jahreseinkommen von
mehr als	
6 000 bis 9 500 Mark	277 123, also 0,76 Proz. der Bevölkerung
9 500 " 30 500 "	227 251, " 0,63 " " "
30 500 " 100 000 "	45 454, " 0,18 " " "
100 000 "	9 019, " 0,02 " " "

Das gesamte veranlagte Einkommen der zur Steuer Veranlagten betrug 9 668 607 595, also über 9 1/2 Milliarden. Hieran hatten die 4,53 Proz. der Bevölkerung, die zu über 3000 M. Jahreseinkommen veranlagt waren, 4 Milliarden 451 Millionen 321 Tausend 870 Mark. Als Einkommensquelle dieser über 3000 M. veranlagten Personen bezeichnet die amtliche Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung:

1. aus Kapitalvermögen 1 379 500 382 M.,
2. aus Grundvermögen 1 108 927 136 M.,
3. aus Handel, Gewerbe und Bergbau 1 506 952 162 M.,
4. aus gewinnbringender Beschäftigung 1 261 075 947 M.

Das Sollaufkommen der Einkommensteuer betrug insgesamt 188 036 080 M. In diesem Sollaufkommen waren die Personen mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 3000 M. mit 56 797 764 M., also mit 30,21 Proz. des Gesamtsolls beteiligt. Das Gesamtsoll der mit 3000 bis 6000 M. Einkommen betrug 29 534 184 M., d. h. 15,71 Proz. des Gesamtsolls. Die mit über 6000 M. Jahreseinkommen Veranlagten brachten insgesamt 108 704 132 M. auf.

Auf Grund des § 18 des Einkommensteuergesetzes sind 6 456 302 M. in Abzug gebracht. Demnach beträgt das Gesamtsoll der Stufe 900 bis 3000 M.: 50 341 462 M. In Gemäßheit des § 19 des Einkommensteuergesetzes sind ferner 1 262 824 M. in Fortfall gebracht. Von dem Gesamtsoll sind also 7 718 586 M. in Abzug zu bringen. Es beträgt mithin das Gesamtsoll unter Berücksichtigung dieses Abzugs 180 317 494 M., und zwar brachten die Einkommen bis 3000 M. jährlich 50 341 462 M., die Einkommen über 3000 M. 129 976 032 M. auf. Diese Jahreseinkommen über 3000 M., darunter Jahreseinkommen mit vielen Millionen jährlich, befanden sich in den Händen von nicht 2 Proz. (genau 1,54 Proz.) der Bevölkerung.

Wie würde sich das Ergebnis der Einkommensteuer gestalten, wenn alle Einkommen bis 3000 Mark steuerfrei blieben — in England sind die Jahreseinkommen bis 3200 M. steuerfrei — und die höheren Einkommen etwas progressiver herangezogen würden?

Die Einkommensteuer beträgt in Preußen zurzeit bei den Einkommen von 3000 M. bis gegen 2 1/2 Proz., von 10 000 Mark 3 Proz. und steigt dann bei den Einkommen über 100 000 M. jährlich bis auf 4 Proz. Würde man nun die Einkommen bis 3000 M. steuerfrei lassen und die Steuerlast für die Einkommen über 3000 M. gleichmäßig um je 1 Proz. anziehen, so kämen bereits 33 1/2 Millionen mehr heraus, als die Gesamtsumme heute beträgt. Würde man aber die Steuerlast erst bei Einkommen von 6000 Mark jährlich ab stärker anziehen und zwar bei 6000 M. (mehr als 6000 M. Jahreseinkommen hat nur 1,54 Proz. der Bevölkerung) bis 9500 Mark Einkommen um 1 Proz., bei 9500 bis 30 500 um 2 Proz., bei 30 500 bis 100 000 M. um 3 Proz., bei allen Einkommen über 100 000 M. jährlich um 4 Proz., so hätte man bereits über 80 Millionen mehr als heute. Man würde also, wenn sämtliche Einkommen bis 3000 Mark steuerfrei blieben, bei dieser Einschätzung bereits einen Ueberschuß von mehr als 80 Millionen haben. Ohne eine Ungerechtigkeit nach irgend einer Seite ließe sich also im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung eine erhebliche Erleichterung herbeiführen.

Noch weit stärker als die Einkommensteuern zeigen die Ergebnisse der Ergänzungssteuer, wie ungeheuerlich auf der einen Seite die Vermögen der Wohlhabenden gewachsen und wie die Verelendung der großen Masse im Verhältnis zum Ueberfluß der kleinen Anzahl Reicher gewachsen ist.

Die Ergänzungssteuer wird in Preußen bei einem steuerbaren Vermögen von 6000 M. ab erhoben. Wieviele Personen, die gleichzeitig ein Jahreseinkommen von über 3000 M. hatten, sind zur Ergänzungssteuer herangezogen?

Von denjenigen, die ein Jahreseinkommen über 3000 M. hatten, waren 383 846 Personen zur Ergänzungssteuer veranlagt. Diese 383 846 Träger des gesellschaftlichen Reichtums, der durch die Arbeit der Darbenden geschaffen ist, hatten (nach Abzug der Schulden und ohne Berücksichtigung der Steuerbefreiungen) ein Vermögen von 58 Milliarden 786 Millionen 14 903 Mark! 1,058 Proz. der Bevölkerung hatten außer einem Jahreseinkommen über 3000 M. also ein Vermögen von über 58 1/2 Milliarden Mark. Außer diesen Aneignern des gesellschaftlichen Reichtums waren noch 905 375 Personen (oder 2,74 Proz. der Bevölkerung) zur Ergänzungssteuer veranlagt, hatten aber ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 3000 M. Das Vermögen der sämtlichen zur Vermögenssteuer Herangezogenen (3,80 Proz. der Bevölkerung) betrug 82 Milliarden 410 Millionen 286 093 Mark.

Die Konzentration des Reichtums zeigt sich auch bei einer Betrachtung des Sollaufkommens der Ergänzungssteuer.

An Steuer brachten die einzelnen Vermögensgruppen der Jenkiten auf, und zwar bei einem Vermögen von mehr als

Vermögen	Zahl der Jenkiten	Summe der Vermögen	Prozent der Bevölkerung	Prozent des Gesamtsolls
6 000 bis 20 000	3 550 620,60	(3 341 050,40)	oder 8,82 (9,05)	
20 000 " 32 000	2 556 118,00	(2 425 979,00)	" 6,35 (6,57)	
32 000 " 52 000	3 818 507,60	(3 605 578,20)	" 9,48 (9,77)	
52 000 " 100 000	5 151 401,60	(4 820 741,00)	" 12,79 (13,06)	
100 000 " 200 000	5 076 116,20	(4 677 407,00)	" 12,61 (12,67)	
200 000 " 500 000	6 003 957,60	(5 522 599,40)	" 14,31 (14,96)	
500 000 " 1 000 000	3 988 509,80	(3 635 358,00)	" 9,90 (9,58)	
1 000 000 " 2 000 000	3 399 920,00	(3 056 965,80)	" 8,44 (8,28)	
2 000 000 "	6 723 571,80	(5 880 821,00)	" 16,70 (15,79)	

Hiernach bleiben gegen das Vorjahr die sämtlichen Gruppen der Jenkiten mit einem Vermögen bis zu 500 000 M. mit ihren Anteilsstücken an dem Gesamtsoll zurück, während die Vermögen von mehr als 500 000 M. stärker daran beteiligt sind.

Der Gegensatz zwischen der Not der arbeitenden Klasse und dem Ueberfluß der Besitzenden tritt auch deutlich in die Augen, wenn man vergleicht, wie stark das Vermögen der Wohlhabenden in 10 Jahren gewachsen ist. Die erste Veranlagung zur Ergänzungssteuer wurde für das Jahr 1895 vorgenommen, ihr folgten Steuerveranlagungen für die Jahre 1896, 1897 bis 1898, 1899 bis 1901, 1902 bis 1904, 1905 bis 1907. Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht, wieviel Personen in Preußen zur Ergänzungssteuer veranlagt waren, wieviel von diesen ein Jahreseinkommen über 3000 M. hatten, wie die Vermögen dieser Gruppen und wie das Vermögen aller zur Vermögenssteuer Veranlagten gewachsen ist.

Es betrug im Jahre	1905	1896	1897/98	1899/01	1903/04	1905/07
Die Gesamtzahl der zur Ergänzungssteuer Veranlagten (in Millionen) . . .	1,15	1,17	1,18	1,23	1,30	1,33
Die vorstehende Zahl ist Prozent der Bevölkerung . . .	3,74	3,72	3,70	3,72	3,76	3,80
Das veranlagte Vermögen aller zur Ergänzungssteuer Veranlagten (in Mill.) . . .	63 917,81	64 024,18	65 676,92	70 042,20	76 657,48	82 410,29
Die Zahl der mit mehr als 3000 Mark Einkommen zur Ergänzungssteuer Veranlagten betrug . . .	268 983	274 104	284 744	313 951	350 811	383 846
Die vorstehende Zahl ist Prozent der Bevölkerung . . .	0,873	0,875	0,894	0,962	1,015	1,058
Das Gesamtvermögen der mit mehr als 3000 M. Jahreseinkommen zur Ergänzungssteuer Veranlagten betrug (in Millionen) . . .	52 267,90	52 978,94	55 689,63	60 589,00	67 640,48	75 541,94

Es ist also das Vermögen aller zur Vermögenssteuer veranlagten (3,74 bis 3,80 Proz. der Bevölkerung) in 10 Jahren um 18 492,48 Millionen, also um rund 18 1/2 Milliarden gewachsen. Das Vermögen der mit mehr als 3000 M. Jahreseinkommen Veranlagten (0,873 bis 1,058 Proz. der Bevölkerung) hat sich in demselben Zeitraum gar um 23 274,04 Millionen, also um über 23 1/2 Milliarden vermehrt. Diese Zahlen beweisen schlagend die immer stärkere Verelendung der Arbeiterklasse im Verhältnis zur Mehrung des Reichtums der Besitzenden.

* Die in Klammern beigefügten Biffern beziehen sich auf die Steuerperiode 1902/04.

Die Interfusions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 40 Wg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 25 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Konresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Würde das Vermögen nur der mit einem Jahreseinkommen über 3000 M. zur Ergänzungssteuer herangezogenen 383 846 Personen lediglich mit einem Prozent Steuer belegt werden, so würde allein aus Preußen ein Steuerbetrag von 755 1/2 Millionen herauskommen. Eine gleiche Vermögenssteuer für Deutschland würde also, unter der Annahme, daß die preussischen Vermögensverhältnisse denen im ganzen Reiche ähneln, 1185 Millionen ergeben. Der ordentliche Etat des Deutschen Reiches beträgt 2146 1/2 Millionen. Zur Deckung dieser Ausgaben sollen aus eigenen Einrichtungen des Reiches (Reichsstempelabgaben, Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung, der Reichsdruckerei, der Reichseisenbahnverwaltung, dem Bankwesen, dem Invalidenfonds usw.) fließende 879 Millionen, 889 1/2 Millionen aus Zöllen und Verbrauchssteuern, 222 Millionen Matrifularbeiträge und 156 Millionen aus neuen, die werktätige Bevölkerung belastenden Steuern verwendet werden. Würde man nur 1 Proz. Vermögenssteuer auf die obengenannten Vermögen der Reichen legen, so könnten die sämtlichen Zölle und Verbrauchssteuern aufgehoben, das neue Steuerbündel vernichtet werden und dennoch kämen 140 Millionen mehr an Steuern heraus als die Zoll- und Steuerfahndung jetzt wesentlich der werktätigen Bevölkerung auferlegt.

Aus Vorstehendem erhellt, daß bei einer Aufhebung der preussischen Einkommensteuer für alle Jahreseinkommen bis 3000 Mark und gleichzeitigiger sehr mäßiger Progression der Einkommensteuer für die Jahreseinkommen über 6000 Mark über 30 Millionen Mark in Preußen allein (für das Deutsche Reich rund 50 Millionen) mehr herauskämen, als der heutige Steuerbetrag ausmacht. Und ferner: daß bei einer Reichs-Vermögenssteuer von nur 1 Prozent unter gleichzeitiger Fortfall aller Zölle und Verbrauchsabgaben über 140 Millionen für das Reich mehr heraussprängen würden als durch die famosen Stengelschen Steuerprojekte.

Warum greift die Reichsregierung nicht zur Reichsvermögenssteuer? Warum nicht zur progressiven Einkommensteuer? Deshalb weil die Lasten der Besitzenden gesenkt werden und die Arbeitenden noch mehr belastet werden müssen, wenn die Reichsregierung Sachwalter der herrschenden, besitzenden Klasse sein will?

Die Revolution in Rußland.

Es kriselt auch an der Keiva.

Die Reaktion hält sich noch, versucht sich wenigstens mit den blutigsten Mitteln zu halten. Alle Maßnahmen deuten darauf hin, daß man den Kampf mit der Revolution aufnehmen und bis aufs Äußerste fortsetzen will. Wer nur irgend wann und wo etwas Nachgiebigkeit gegenüber der Bewegung gezeigt hat, wird abgesetzt oder muß seinen Abschied einreichen. Man sucht immer die Schuld in den Personen und nicht im System. — Es sind ihrer Komter enthoben worden viele Professore, Staatsingenieure, Gouverneure, vor einigen Tagen die Befehlshaber der Armee des fernem Ostens Kuropatkin und Linewitsch; jetzt haben ihr Abschiedsgesuch eingereicht auch der Oberdirigierende der Hauptverwaltung für Landwirtschaft und Agrarwesen Coultier und der Handelsminister Timirjasew. Ihnen sollen folgen der Reichskontrolleur Filisow und der Verkehrsminister Kameschaw. Die Entlassung Coultiers wird allgemein als Folge seines Projektes der Zwangsentäußerung von Privatland betrachtet. Jetzt soll die Hauptverwaltung für Landwirtschaft dem Ministerium des Innern untergeordnet werden, mit anderen Worten — Durnowo, dem eigentlichen jetzigen Premierminister. Die „Kupstja Wedomosti“, die einen jeden scheidenden „liberalen“ Minister mit einem Nachrufe begleiten, bemerken unter anderem zu diesem Fall folgendes: „Auch hier waren die Klasseninteressen stärker als die Staatsinteressen: eine gewisse Gruppe Großgrundbesitzer erblickte in dem Projekte der Zwangsentäußerung eine große Gefahr für sich und zog mit allen Mitteln gegen das Projekt zu Felde“. Die Presse dieser Herren hatte das Projekt als ein Stück Sozialismus betrachtet und den Minister als den „Roten“ im Kabinett Witte bezeichnet.

Ueberhaupt haben die letzten Debatten im Ministerrate den Grafen Witte gezwungen, Stellung zu nehmen und sich über die willkürlichen Massenmorde zu äußern. Gerade die Anerkennung der Notwendigkeit der Feldgerichte auch für die Zukunft hat den Minister Timirjasew gezwungen, das Kabinett zu verlassen. Witte hat kurzweg alle Maßnahmen Durnowos gutgeheißen, ja, er ging sogar weiter und bezeichnete dieselben als die seinigen. — Wir haben Witte von Anfang an für alles verantwortlich gemacht und Durnowo nur als den Strohhalm des Premierministers bezeichnet. Jetzt ist es den konstitutionellen Demokraten auch einmal klar geworden und daher die Kündigung des Gefolges von dieser Seite und einige derbere Ausdrücke gegenüber Witte auf dem Kongress des „Verbandes vom 30. Oktober“, der eben geschlossen worden ist.

Witte hat wegen seiner früheren Äußerungen und Maßnahmen trotz alledem noch Feinde, sowohl im Kabinett als auch außerhalb desselben, die nicht früher ruhen werden, bis auch er hinaus sein wird. So hat auf dem Kongress der „Monarchisten“, der auch in diesen Tagen in Moskau tagt, der Redakteur der „Moskowskija Wedomosti“, Gringmut, ganz gehörig gegen den Grafen, „der die Juden protegirt“, gewettert, wobei die Mitglieder der „Schwarzen Bänden“ — „Fort mit Witte!“ schrien.

Geschwäh.

Man braucht die russischen politischen Parteien gar nicht näher zu kennen, um ein Urteil darüber abzugeben, was das für Leute sind, die sich augenblicklich dort in der alten Zarenstadt versammelt haben und über die Agrarfrage, die Todesstrafe, Reichsduma und dergleichen Dingen mehr sich ausschützen. Wenn jetzt ein Kongress in Rußland überhaupt erlaubt wird und dann die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ darüber lang und breit berichtet, dann weiß der Leser schon, daß er es mit „zarentreuen“ Leuten zu tun hat und nicht alles, was sie sprechen, für bare Münze hinnehmen muß. Dieses Mal haben wir es mit dem gewöhnlichen Geschwäh einiger „echt russischer Leute“, des rechten Flügels der Stützen des Hauses Romanow zu tun, die, nachdem die am 30. Oktober verkündeten Freiheiten vernichtet worden waren, sich stolz „Verband vom 30. Oktober“ nennen ließen.

Diesem Verbande gehören Männer an, die sehr gerne Minister werden möchten, und schon deshalb mit der Regierung halten müssen. Charakteristisch ist in dieser Beziehung zum Beispiel die Rede des mehrmals von Beskow gerufenen Herrn Stachowitsch „betreffend die Haltung des Verbandes vom 30. Oktober gegenüber der Regierung“. Sie war kurz und bündig: „Die Regierung ist nicht als Feind anzusehen, der Verband wünscht weder ihre Auf-

regulierung noch ihren Sturz“. Die Massenmorde, Massenverbannungen und Masseneinforderungen mißbilligte Herr Stachowitsch in folgender sehr milder Weise: „Die Regierung handelt jetzt zweifellos nicht so, wie sie ihrem Lande gegenüber zu tun verpflichtet wäre, eine Lastfrage, die der Kongress frei und offen erörtern muß“. Wer wird behaupten wollen, daß die Rede nicht liber al war?!

In seinen weiteren Ausführungen kam Herr Stachowitsch auch auf die Aufhebung des verfallenen und außerordentlichen Schutzes zu sprechen und gab zu, daß dieser aufgehoben werden müsse und „alle nach dem 30. Oktober ohne gerichtliche Aburteilung verhängten Strafen durch das zuständige Gericht entweder aufgehoben oder bestätigten zu lassen“. Da den tausend und abertausend Hingemordeten durch die Straferlassung nicht das Leben wiedergegeben werden kann, so ist in den Augen dieses liberalen Heblers die Sache damit wieder gut gemacht, falls das zuständige Gericht das Urteil nachher bestätigt.

Aus dem Nachhinein ist schon jeder „Liberalismus“ geschwunden, denn nach seiner Meinung ist auch der Kriegszustand zu entschuldigen, es muß nur eine absolute Notwendigkeit dazu vorhanden sein, auch könne die Verhängung des Kriegszustandes mit dem offenen Aufstand oder Vorbereitungen zu einem solchen begründet werden. Ganz derselben Ansicht ist die russische Regierung auch!

Für einige Vertreter der Grenzgebiete — z. B. für die Vertreter des baltischen Adels — war auch diese Auffassung des Herrn Stachowitsch zu liberal, weil ohne diese außergewöhnlichen Unterdrückungsmaßnahmen „die Revolution wieder herbeigeführt werden könnte“.

Das genügt! Wir haben gesehen, mit was für einer Gesellschaft wir es in Rußland zu tun haben. Wenn es nötig sein wird, können wir noch immer auf das Geschwäh des Verbändens vom 30. Oktober zurückkommen.

Petersburg, 27. Februar. Das Zentralkomitee der konstitutionell-demokratischen Partei, deren am 27. d. M. festgesetzte Versammlung der Stadthauptmann ohne Begründung unter sagte, veröffentlicht einen Protest gegen die administrativen Eingriffe und fordert die Regierung auf, durch Zirkulare der Administration jede Einmischung zu verbieten, selbst aber auf eine weitere Repression zu verzichten. Das Vorgehen der Regierung gegen die konstitutionell-demokratische Partei, die einzige oppositionelle, die an den Wahlen sich zu beteiligen beschloßen habe, beweise klar die wahren Absichten der Regierung, und welchen Wert ihr Appell an das Vertrauen der Gesellschaft habe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

Monarchie und Volksrechte.

Der „Reichsbote“ entriestet sich in echt Stöckerscher Geuschelei darüber, daß wir den offiziellen Schwundel scharf zurückweisen, wonach das ganze deutsche Volk sich huldigend vor den preussischen Königsthron dränge. „Selbstverständlich lasse der „Vorwärts“ auch die schöne und überall mit Liebe und Ehrfurcht betrachtete Familienfeier am Kaiserhofe nicht vorübergehen, ohne als revolutionärer Uhu sein garstiges politisches Lied zu krächzen.“ Und dies garstige Lied des „revolutionären Uhu“ — wir glaubten bisher, das Eulengeschlecht nieste nur in feudalen Ruinen und alten Kirchtürmen und sei alles andere als revolutionär! — soll darin bestanden haben, daß wir an die Kriegserüstungen des 21. Januar erinnerten und an die famose Rede Pofadowstys, wonach man es dem absolutistisch-feudalen Regime nicht verübeln dürfe, wenn es seine Herrschaft gegen das Volk verteidige. Der „Reichsbote“ nennt diese zeitgemäßen Erinnerungen „Entstellungen“ und wirft die jesuitische Frage auf: „Was hat denn die Dynastie für Vorrechte bei dem bestehenden Landtagswahlrecht?“ Wir beantworten diese Frage mit Vergnügen durch die stenographische Wiedergabe des betreffenden Teiles der Rede des Grafen Pofadowstj vom 7. Februar. Dieselbe lautete:

„Aber Preußen gegenüber liegt die Sache anders. Keine Herren, Sie haben uns in zahllosen Erklärungen in Ihrer Presse und hier im Reichstage versichert, Ihr Ziel gehe dahin, den bürgerlichen Staat, den monarchischen Staat zu beseitigen; Sie haben sich offen als Republikaner bekannt, aus allen Ihren Äußerungen geht hervor, daß Sie den bestehenden Staat nur dulden, fozusagen auf Kündigung, bis Sie die Macht haben, entsprechend Ihren Grundfäden diesen monarchischen bürgerlichen Staat zu beseitigen. Trotzdem verlangen Sie, daß das Wahlrecht in Preußen in der Weise geändert werde, damit Sie im preussischen Abgeordnetenhaus dieselbe Stellung bekommen, die Sie im Reichstage haben. Die preussische Regierung soll die Hand dazu geben, in dem preussischen Staat, der auf dem armen, mageren norddeutschen Boden, in dem ungünstigen Klima sich entwickelt hat unter einer Herrscherfamilie, die so viele staatsmännische Talente beisehen hat, so viele Staatsmänner, wie wenige Herrscherfamilien in der Welt, in dem Staate, von dem man scherzend gesagt hat, er habe sich groß gebungert durch seine Beamten, in dem Staate, der seine Armee mit dem Schwerte geschaffen und der die Bewunderung der ganzen Welt erregt hat, — die Regierung, sage ich, soll also die Hand dazu geben, daß eine Partei in die Volksvertretung dieses Staates ihren Einzug hält, die erklärt, ihr Ziel sei die Beseitigung des bestehenden Staates! Ich muß Ihnen offen sagen: ich bedaure, daß die Arbeiter nicht auch in genügender Zahl im preussischen Parlament vertreten sind, ich bedaure es auch oft, daß manche Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus bisweilen eine Volkslist vertreten, die nach meiner politischen Auffassung mit den notwendigen Aufgaben der Regierung nicht übereinstimmt. Aber eines muß ich Ihnen sagen: wenn Sie unter diesen Verhältnissen in das preussische Abgeordnetenhaus einziehen und hoffen wollen, daß das Wahlfeseln in Preußen in einer Form geändert wird, die auch den Arbeitern und unteren Volksschichten die Beteiligung an der preussischen Gesetzgebung ermöglicht, dann müssen diese Klassen noch politisch unendlich viel reifer werden, sie müssen ihre Forderungen ermöglichen auf das, was politisch möglich ist, sie müssen den bestehenden monarchischen Staat und die bestehende bürgerliche Gesellschaft ehrlich anerkennen und sie müssen endlich auch Männer in den Reichstag schicken zu ihrer Vertretung, die auf dem gleichen Standpunkt stehen.“

(Zurück links.)

Aber, meine Herren, wenn wir unter den jetzigen Verhältnissen auch in Preußen sans phrase das allgemeine Wahlrecht einführen wollten, um der sozialdemokratischen Partei im preussischen Parlament die Stellung zu geben, die sie im Reichstag hat, um ihr die Wege zu ebnen für ihr Ziel, den preussischen Staat, dieses wunderbare Gebilde der Geschichte, zu vernichten, wenn sie die Majorität befäße, da sände das Wort wirklich Anwendung:

Nur die allergrößten Säuber
Geh'n zu ihrem Schlichter selber.
(Weiter links. Bravo!)

Graf Pofadowstj erklärte also namens der Regierung, daß die preussische Monarchie dem arbeitenden Volke, also der Mehrheit des Volkes, nur dann das geforderte Wahlrecht gewähren werde, wenn das Volk seine demokratische Gesinnung abgeschrieben und das jetzige absolutistisch-

feudale Regime als gottgewollte und unabänderliche Staatsordnung anerkannt haben werde!

Wenn das nicht ein Ausspielen der monarchischen Privilegien gegen die demokratischen Rechte des Volkes bedeutet, haben Worte überhaupt keinen Sinn mehr!

Gegen den Umsturz!

Die „Deutsche Tages-Ztg.“, die in ihrer gestrigen Nummer nach oben speichelfederisch gelabudelt hat, ruft heute zum Kampfe gegen den Umsturz auf — beides gehört ja so innig zueinander! Das Agrarierblatt zitiert das auf dem Wändlertag gefallene Wort des Freiherrn v. Wangenheim: „Es möchte mit dem Teufel zugehen, wenn Handwerk und Industrie, Landwirtschaft und nationaler Handel in Deutschland nicht zusammen (ergänze: gegen die Arbeiter-Klasse! Red.) gehen könnten“ und ergänzt dann auch selbst diesen junkerlichen Appell dahin, daß „zur Bekämpfung der internationalen revolutionären Sozialdemokratie“ die „großen Erwerbsstände zusammengehen müßten“. Das Agrarierblatt trägt dann dem industriellen Scharfmachertum seinen Herzdank vor: es sei nicht zu leugnen, daß der Landwirtschaft oft durch die Industrie die „besten Arbeitskräfte“ entzogen worden seien. Diese „Innenwanderung“ habe einen Umfang angenommen, die nachgerade zu einer „ernsten Gefahr“ geworden sei. Diese landflüchtigen Arbeiter vermehrten nämlich fortgesetzt das sozialdemokratische Heer. Diese Innenwanderungen müßten also zum Schutze von Thron und Altar möglichst beschränkt werden, selbst um den Preis, daß die gesetzlich gewährleistete Freizügigkeit einige Einschränkungen erfährt!“

Man sieht, die der Industrie angetragene Waffenbrüderschaft läuft auf den alten Junkerwunsch hinaus, die Proletarier gewaltfam an die Scholle und damit an die junkerliche Ausbeutung und junkerliche Keitpeitsche zu fesseln! Dabei hat sich das Agrarierblatt eine interessante Bemerkung entfallen lassen: bisher war es nach der junkerlichen Auffassung stets die Sucht nach den Genüssen der Großstadt, der Trieb, möglichst wenig zu arbeiten, der die Landproletarier nach der Stadt wandern ließ. Heute aber hat es das Junkerblatt selbst erklärt, daß ihm die Industrie die „besten Arbeitskräfte“ entziehe. Nicht Arbeitssüchtigen trieb also diese Leute von dannen, sondern das menschenunwürdige Loos, das „der Arbeiter-Klasse in den geeigneten Ostelbien beschieden ist“.

Um nun der Industrie die Beschränkung der Freizügigkeit zugunsten der Strohbläckernden schmachtender zu machen, macht die „Deutsche Tageszeitung“ den Vorschlag, daß auch die industriellen Unternehmer sich zusammenschließen sollten, um „die Arbeitersehschaft zu machen“. In Saarabien und im Königreich Krupp sei damit ja schon ein vielversprechender Anfang gemacht worden. Dies Problem biete ja seine Schwierigkeiten, aber eventuelle Opfer seien nicht zu hoch bezahlt, wenn man bedenke, daß die Industrie durch ihr Zusammengehen mit der Landwirtschaft (zum Zwecke der Ausplünderung durch indirekte Steuern und der Beseitigung der Freizügigkeit!) eine „zufriedene, nationalgesinnte Arbeiterschaft“ schaffen könne.

Das Agrarierblatt hat da mit seltener Offenherzigkeit dem Proletariat sein soziales Ideal verraten: Die Schaffung ostelbischer und saarabischer Zustände vermittelst der schändlichsten Vergeßlichkeit durch Kraut- und Schlotjunker! —

Deutsches Reich.

Eine freisinnige Selbstkritik.

Eugen Richter hat bekanntlich sein Landtagsmandat für Hagen-Schwelm niedergelegt. Als Nachfolger hat er selbst den Genossenschaftsanwalt Dr. Hans Crüger-Charlottenburg bestimmt, jenen Herrn, der seinerzeit durch sein arbeiter- und fortschrittfeindliches Verhalten mit den Anstoß dazu gegeben hat, daß die Arbeiterkongressgenossenschaften sich von der freisinniger Fregge fegenden Kleinbürgerlichen Genossenschaftsbewegung loslösten. Die Aufstellung dieses Kandidaten hat nun die Unzufriedenheit der Nationalliberalen erregt, die gern einem der Jüngern das Mandat sichern möchten und deshalb durch die „Nln. Ztg.“ die Legende verbreiten lassen, daß Dr. Crüger dem „linken Flügel“ der freisinnigen Volkspartei angehöre und deshalb für einen Nationalliberalen nicht akzeptabel sei.

Zu dieser Charakterisierung des Herrn Crüger nun äußert sich die freisinnige „Berliner Volkszeitung“ folgendermaßen:

Die Entdeckung der „Nln. Ztg.“, daß Dr. Crüger „ziemlich auf dem linken Flügel des Freisinn stehet“, überrascht uns durch ihre Neuheit. Einen solchen linken Flügel gibt es überhaupt nicht in der freisinnigen Fraktion, seitdem diese planmäßig auf den reinen Richterianismus abgestimmt ist. Eben deshalb ist es auch völlig gleichgültig für den Einfluß der Fraktion auf die parlamentarischen Verhandlungen und Entschlüsse, ob der Kandidat Crüger oder Müller oder Schulze oder Lehmann oder Meier heißt.“

So wenig wir sonst gegen dies immorale Urteil über den männlichen Freisinn einzuwenden haben, so müssen wir doch Herrn Eugen Richter gegen den Vortwurf in Schutz nehmen, daß speziell er an dem Niedergang der freisinnigen Volkspartei die Schuld trage. Denn Richters Einfluß kann gerade in der letzten Zeit nur ein minimaler gewesen sein. Nicht er, sondern Herr Müller-Sagan ist ja jetzt Chefredakteur der ehemaligen „Freisinnigen Ztg.“. Trotzdem steht nicht nur die Partei noch heute auf dem bornierten mandaterlichen Standpunkt des Herrn Eugen Richter — man denke nur an ihr Jammern über ein etwaiges gesetzliches Eingreifen zugunsten der Heimarbeit! —, sondern sie hat sich obendrein auch noch zur Kolonial- und Flottenbegeisterung durchgemauert! —

Soll wieder versucht werden?

In bürgerlichen Blättern finden wir folgende gleichlautende Meldung über den Kameruner Kolonialskandal:

Die Untersuchung gegen den Gouverneur von Kamerun Jesso v. Puttkamer ist im wesentlichen jetzt beendet. Es steht nunmehr zufolge bestimmt fest, daß der Gouverneur auf seinen Posten nicht mehr zurückkehrt, auch dürfte er für den Reichsdienst sonst keine Verwendung mehr finden. In einigen Punkten ist es dem Gouverneur gelungen, die gegen ihn erhobenen Anklagen abzuschwächen, zum größten Teil aber hat man seine Erklärungen als nicht ausreichend erachtet. In den Hauptpunkten ist es dem Gouverneur nicht gelungen, sich mit Ausreden von der schweren Anklage zu reinigen. Man hat es unangenehm empfunden, daß Puttkamer die Schuld auf Untergebene abwälzen wollte, obgleich er nicht leugnen konnte, daß er selbst sehr selbstherrlich gewirtschaftet hat. Obgleich bestimmte Kreise mit aller Macht beflissen waren, Puttkamer noch einmal zu retten, ist der Erbprinz Hohenzollern zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Stellung des Gouverneurs nicht mehr zu halten sei. Ob ein besonderes Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet wird oder ob er sang- und klanglos verschwinden wird, ist noch nicht bekannt, da das Ergebnis der Untersuchung geheimgehalten wird. Vorausichtlich wird der Erbprinz Hohenzollern am Mittwoch in der Budgetkommission bei Gelegenheit der Beratung der Petition der Aqua-Jünglinge zum „Falle Puttkamer“ Stellung nehmen.

Es scheint nach dieser Meldung die Absicht zu bestehen, die Angelegenheit zu vertuschen und den „selbstherrlichen“

auf, daß der Fall Kraus an ihrem „Vertrauen“ zur Regierung nicht zu ändern vermöge.

Wenn die Regierung einmal geführt werden muß, so soll das wenigstens nicht um so wichtiger Ursachen willen geschehen. —

Die Jahresversammlung des Niederländischen Komitees für allgemeines Wahlrecht fand am Sonntag zu Utrecht statt. Aus dem Jahresberichte des Schriftführers ist hervorzuheben, daß das Komitee am 1. Januar 1906 aus 5 Landesorganisationen, 24 örtlichen Komitees und 19 selbständigen örtlichen Vereinen mit zusammen 20 000 Mitgliedern bestand. Der Verein für Frauenwahlrecht hat sich vom Komitee losgesagt. Die Bemühungen desselben, auch den freisinnig-demokratischen Bund, die Liberale Union und den Allgemeinen Niederländischen Arbeiterverband (der in freisinnig-demokratischem Fahrwasser segelt) zum Anschluß zu bewegen, blieben bisher erfolglos. Die Gewerkschaftsverbände als solche bleiben noch abseits, während einzelne Abteilungen derselben in größerer Anzahl dem Komitee angeschlossen sind.

Ein nationales Meeting soll am nächsten Sonntag vor Eröffnung der zweiten Kammer zu Amsterdam stattfinden. Auch provinzielle Meetings sollen an denselben Tagen in den verschiedenen Provinzen stattfinden als Demonstration für das allgemeine Wahlrecht.

Als Vorsitzender des Komitees wurde der Parteisekretär J. G. van Kuykhof und als Schriftführer E. Wolke wiedergewählt.

Ein Statutenentwurf wurde behandelt und Artikel 1 wie folgt angenommen: „Das Niederländische Komitee für allgemeines Wahlrecht kämpft für die Einführung des einfachen geheimen Wahlrechts sowohl für Männer wie für Frauen. . . Da dieses Ziel bei der bestehenden Verfassung nicht erreicht werden kann, so erstrebt das Komitee deshalb an erster Stelle Änderungen derjenigen Artikel der Verfassung, die der Einführung des obengenannten Wahlrechts im Wege stehen.“

Amerika.

Großmunt Castro.

New York. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Nach einer Meldung aus Wilmstadt verkündet Präsident Castro jetzt, daß er Frankreich denütigen und sich um die Monroe-Doktrin nicht kümmern werde. Zunächst wolle er die Franzosen aus dem Lande hinaussagen, dann würden die Amerikaner, Engländer und Deutschen an die Reihe kommen, die, wie er erklärt, schlimmer als Chinesen wären.

Die besseren Klassen in Venezuela erklären, daß die Lage im allgemeinen Interesse ein Einschreiten der Vereinigten Staaten erforderlich sei. Castro sei am meisten aufgebracht gegen die Amerikaner, die es nach seiner Behauptung nach Venezuela gelüste. —

Aus der Partei.

Keine Ueberföhrung bei Zeitungsgründungen.

Das erfreulichste Merkmal liberaler Bemerkungen machende intensive Parteileben löst an vielen Orten den Wunsch aus, ein eigenes Parteiorgan zu besitzen. Der naheliegende Gedanke dabei ist, in einer örtlichen Presse den lokalen Verhältnissen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und dadurch die Agitation wirksam zu unterstützen. So richtig der Gedanke an sich ist, so wird dabei doch meist manches übersehen, was für die Bedeutung eines Blattes von entscheidender Bedeutung ist. Die Entwicklung des Zeitungswesens hat die Anforderungen, die der Leser in Bezug auf die Menge des Gebotenen an sein Tagesorgan stellt, sehr hoch geschraubt. Besonders bezüglich der Berichterstattung über alle wichtigen oder als wichtig bewerteten Weltereignisse sind die Leser der bürgerlichen Blätter an ziemlich hohe Ansprüche gewöhnt. Aus diesen Gründen gehört auch zur Gründung einer Zeitung schon ein ansehnliches Kapital. Ein Parteiorgan hat aber nicht gleich auf einen entsprechend hohen Abonnentenstand zu rechnen und der Kleinbetrieb stellt sich relativ viel teurer als der Großbetrieb. Hierzu kommt, daß Parteiblätter nicht die hohen Interateneinnahmen erzielen wie bürgerliche Blätter, so daß selbst bei Vorhandensein des erforderlichen Gründungskapitals, noch längere Zeit die Existenzgarantie gegeben ist. Die noch weniger geschulten Genossen messen den Wert des Parteiorgans meist an dem, was die bürgerliche Presse quantitativ leistet, sie sind noch nicht so weit, qualitativ genügend unterscheiden zu können. Zwei Blätter zu halten, behagt ihnen auch nicht, und die unter schweren Opfern gegründete und unter den widerwärtigsten Verhältnissen arbeitende Parteipresse findet nicht die erforderliche Unterstützung. Die Existenz eines guten Parteiblattes setzt eine schon ziemlich starke Parteibewegung voraus, die den erforderlichen Stimmabnehmer sichert und durch ihre Stärke einen gewissen Einfluß auf die murrernde Geschäftswelt ausübt. Wo solche Bedingungen noch nicht vorhanden sind, da ist es richtiger, das nach der Organisation zuständige Parteiblatt mit Hilfe der etwa vorhandenen örtlichen Mittel besser auszugestalten; die Gründung von lokalen Parteiorganen so lange hinauszuweisen, bis sowohl die Beschaffung des Gründungskapitals, als auch ein entsprechender Abonnentenstand gesichert ist. Auf diesem Standpunkt stellen sich auch die zu einer diesbezüglichen Verprechung zusammengetretenen Vertrauensleute der Reumarkt. Ein Antrag, für die Reumarkt ein Kopfbild der „Wärl. Volkst.“ herauszugeben, wurde abgelehnt, dagegen soll für die respektiven lokalen Bedürfnisse ein größerer Raum zur Verfügung gestellt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Königsberger Polizei hat ein eigenartiges Verfahren entdeckt, um dem dortigen Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter die Betätigung des Versammlungswahlrechts unmöglich zu machen. Die Polizei erklärt den genannten Verein als einen politischen und verbietet von vornherein die von ihm einzurufenen Versammlungen, wobei sie sich auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes stützt, welches Frauen, Lehrlinge und Schülern die Teilnahme an Versammlungen politischer Vereine verbietet. Die Voraussetzung der Polizei trifft zwar nicht zu, ebenso wenig hat sie ein Recht, die Versammlungen des Vereins, selbst wenn er ein politischer wäre, von vornherein zu verbieten, aber durch die geföhrlichen Bestimmungen läßt man sich in Königsberg nicht in seinen staatsrechtlichen Maßnahmen aufhalten. Wie wir in der „Königsberger Volkszeitung“ lesen, ist vor wenigen Tagen eine Versammlung des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unter den angeführten Gründen verboten worden. Als die Vereinsmitglieder sich am Abend, wo die verbotene Versammlung stattfinden sollte, zu unangeführter Gesellschaft zusammensanden und sich mit deklaratorischen Vorträgen unterhielten, wurde auch diese „Versammlung“ aufgelöst und die Anwesenden durch die Polizei aus dem Lokal getrieben. — Gch! bornisch.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Demonstrengstreik der Droschkenführer

Äußerst am heutigen Vormittag sein vorausbestimmtes Ende erreichen. Der bisherige Verlauf des Streiks war ein in allen Punkten durchaus befriedigender, er entsprach vollständig dem vorher entworfenen Plan. Einmütig wie am Montag hatten die Kutsher auch am Dienstag Pferd und Wagen zu Hause stehen lassen; der gesamte Droschkenbetrieb ruhte auch gestern so gut wie vollständig. Arbeitswillige mögen sich im ganzen wohl kaum zwei Duzend gefunden haben. An den Bahnhöfen sowie an den ständigen Droschkenhalteplätzen zeigte sich gestern dasselbe Bild wie am ersten Streiktage. Ueberall eifrige Nachfragen nach Droschken und dann enttäuschte Gesichter wenn den „Fahrgästen“ gesagt wurde, daß die Kutsher streikten. Von der Einmütigkeit der Droschkenführer wie auch der kleinen Droschkeneigentümer legte ebenfalls die gestrige Streikversammlung in der „Neuen Welt“ berechnetes Zeugnis

ab. Die Versammlung war fast noch stärker besucht wie die am Montag abgehaltene. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Stadtverordneten Augustin setzten die Anwesenden in längerer Diskussion die Kritik der von ihnen so überaus bedrückend empfundenen Polizeimaßnahmen gegen die Droschkeninteressenten fort. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende Becker zu weiterem einmütigen Zusammenhalt auch nach der Beendigung dieses 48 stündigen Demonstrengstreiks und machte es jedem zur Pflicht, unter strenger Beachtung des geföhrten Beschlusses nicht vor Mittwochmorgen 8 Uhr den Streik zu beenden, ihn aber auch nicht über diesen Zeitpunkt hinaus zu verlängern. Geschlossen wie der Betrieb eingestellt worden sei, müsse er auch wieder aufgenommen werden. Die nächste Zukunft werde ja lehren, welchen Nutzen der Streik etwa gebracht habe; es werde sich dann auch bald zeigen, ob die Berliner Droschkenführer noch gezwungen sind, stärkere Mittel gegen die polizeilichen Drangsalierungen und gegen die Geföhrdung ihrer Existenz zu bringen. (Großer Beifall.) Mit der weiteren Ratung zum Anschluß an die gewerkschaftliche und politische Organisation und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ wurde die Versammlung geschlossen.

Die Maßregelungen bei der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten in der Nacht vom Montag zum Dienstag abermals eine Versammlung der Straßenbahnangehörten, die bei Keller in der Kopenstraße stattfand. Der Besuch war verhältnismäßig schwach. Es wurde dies allgemein darauf zurückgeführt, daß die „Große Berliner“ am Montag familiäre Anträge und Einsparungen bis spät nachts in Dienst gestellt hatte, so daß der großen Mehrheit des Personals der Versammlungsbesuch dadurch von vornherein unmöglich gemacht war. Desto größere „Vorbereitungen“ hatte aber die Polizei getroffen. Ein Hauptmann, ein Leutnant sowie ein starkes Aufgebot von Schutzleuten nebst den unvermeidlichen Kriminalbeamten waren zur Stelle. Ein Kriminalbeamter verhielt sich vor Beginn der Versammlung sogar in recht auffälliger Weise der Schlüssel zur Saaltür; erst auf einen energischen Protest mehrerer Verbandsvertreter hüt bequeme er sich wieder zur Herausgabe der Schlüssel. Auch die bürgerliche Presse einschließlich der Telegraphen- und Korrespondenzbureaus war stark vertreten. Hatten doch schon gewisse Sensationsblätter und Korrespondenzen die Nachricht von einem unbedingt bevorstehenden großen Straßenbahnstreik ausposaunt, der den gegenwärtigen Droschkenführerstreik ergänzen und so während der „Berliner Raifertage“ demonstrativ den Verkehr lahmlegen sollte.

Außer und sachlich erstatteten die Kommissionsmitglieder Bericht über die Verhandlungen, die sie wegen der Wiedereinstellung der acht Gemögeregellen mit der Direktion gehabt hatten. Das Resultat der Verhandlungen ist bekannt: es gipfelte darin, daß die Wiedereinstellung der Entlassenen abgelehnt wurde. Interessieren dürften nur einige Anmerkungen des Direktors Rike, der die Kommission mit ausgesprochenem Wohlwollen empfing und in väterlich bescheidener Weise für den nötigen Redefort während der 2 1/2 stündigen Unterhaltung Sorge getragen hatte. So hat er unter anderem gemeint, selbst wenn die Direktion sich noch so sehr von rein menschlichen Empfindungen leiten lassen wollte, so könnte sie schon im Interesse der Disziplin die Entlassenen nicht wieder einstellen, weil diese das Flugblatt, in welchem das Vorgehen der Direktion abfällig kritisiert wurde, mit unterzeichnet haben. Ueberdies würde auch der Transportarbeiter-Verband bei einer Wiedereinstellung in der ihm nohestehenden Presse ein Triumphgeheul ausstoßen darüber, daß die Direktion angeblich zur Nachgiebigkeit gezwungen worden sei. Schon der Ansehen einer Schwäche müsse daher vermieden werden, um zu zeigen, daß auch die Straßenbahn-Gesellschaft noch Herr im Hause sei. Die Kommissionsmitglieder betrachtete er als persönlich lädige, leider aber von den sozialdemokratischen Verbandshebern (i) irreföhrte Leute. Herr Rike hat dann die Kommission entlassen mit der tröstlichen Versicherung, daß für diesmal ihr Wunsch zwar nicht erfüllt werden könne, doch wenn sie mal wieder etwas auf dem Herzen hätten, so könnten sie auch in Zukunft getrost wieder vorkommen, die Direktion habe für ihre Bedenken stets ein geeignetes Ohr.

In der Diskussion wurde das Verhalten der Direktion wiederum einer scharfen Kritik unterzogen und zwei „Vereinsmitglieder“ sagten ihre Sprüche gegen den Verband her. Rathmann betonte noch, daß bei dieser Angelegenheit von vornherein nicht an einen Streik gedacht sei. Streiken würden die Straßenbahner dann, wenn es ihnen, nicht aber wenn es der Direktion gefalle. Zum Schluß gelangte alsdann folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Direktion beschriebenen brutalen Maßregelungen von Angestellten, die dienlich zweifellos und zugegebenermaßen ihre volle Pflicht und Sündigkeit stets getan haben. Die Versammelten erklören in dieser Maßnahme der Direktion einen offenen Bruch des seitens des Generaldirektors Rike den Vertrauensleuten gegebenen Ehrenworts, daß den Angestellten die Ausübung des freien Koalitionsrechtes verböhrigt sei. Die Versammelten beauftragen daher den Verband der Handels- und Transportarbeiter als ihre einzige rechtmäßige Interessenvertretung, gegen die Entschcheidung der Direktion beim Ausschichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn vorstellig zu werden. Die Anwesenden verpflichten sich, mit allen Kräften und mehr denn je für Stärkung der Organisation einzutreten, um zu gegebener Zeit die Direktion zur Innehaltung ihrer einmal gegebenen Versprechen zwingen zu können.“

Die Lohnbewegung der Nordmahr hat zu verhältnismäßig guten Erfolgen geföhrt, wie aus dem Bericht hervorging, den der Obmann der Kommission am Montag in der Branchenversammlung der Nordmahr gab. Beteiligt waren an der Bewegung die Grönarbeiter von 8 Werksstätten und die Kohlarbeiter von 2 Werksstätten, im ganzen 47 Arbeiter. Für 31 Arbeiter gelang es, die Forderungen: 6-10 Proz. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 55 Stunden, ohne Streik bewilligt zu erhalten. In 4 Werksstätten mußte in den Streik getreten werden und bei der Firma Albert Kanniga dauert der Streik noch fort.

Es wurde noch mitgeteilt, daß folgende Kollegen in die Zentralkommission der Nordmahr Deutschlands gewählt worden sind: Schulte als Obmann, Frieb, Richter, Teichert, Kulms und Walter.

Die Hausdiener, Forder und Fahrer der Papiergroßhandlungen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am Sonnabend wurden durch die Leitung des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes die Forderungen an 31 Firmen der Branche übermittelte. Verlangt wird ein Anfangslohn von 21 M. pro Woche, steigend nach einvierteljährlicher Tätigkeit auf 25 M. und von da ab jährlich um 1 M. bis zum Höchstlohn von 30 M. Für Küsther sollte der Anfangslohn auf 25 M. und der Höchstlohn auf 33 M. bemessen werden. Die Einführung dieser Lohnsätze wurde als um so notwendiger anerkannt, als die verlangte Arbeitsleistung große körperliche Anstrengung erfordert, wogegen die Löhne bisher nur eine Durchschnittssöhne von 21 bis 22 M. erreichten. Die Firma S. L. Cahen in der Wallstraße hat sogleich nach Empfang der Forderungen sieben Hausdiener entlassen. Den übrigen Hausdienern, Forder usw. ließ der Chef den Bescheid zukommen, daß er eine Lohnzulage nicht bewilligen würde; wenn es nicht passe, der könne gehen. Nachdem am Dienstagmorgen ein Verbandsvertreter eine Einigung nicht zu erzielen vermochte, erklärten sich sämtliche bei der Firma beschäftigten Arbeiter mit den Entlassenen solidarisch und legten einmütig die Arbeit

nieder. Die Firma sucht jetzt in der bürgerlichen Presse nach Arbeitswilligen. Auch der „Verein Berliner Papiergroßhändler“ lehnt die Bewilligung ab. In einem Schreiben an den Transportarbeiter-Verband sagt er, er lehne eine Verhandlung mit dem Verband aus prinzipiellen Gründen ab, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei ein derart günstiges, daß es irgend einer Vermittlung durch den Verband nicht bedürfe.

Wie „günstig“ die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind, zeigt das Verhalten der Firma Cahen.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Leipziger Baumwollspinnerei ist beendet. Das erfolgreiche Bemühen der Direktion, Streikbrecher heranzuziehen, hat die Betriebsleitung veranlaßt, von ihrem schroff ablehnenden Standpunkt zurückzutreten und mit der Vertretung der Streikenden zu verhandeln. Das Ergebnis der Verhandlungen, die am gestrigen Dienstag zu Ende geföhrt wurden, wird uns durch folgende Privatdepesche aus Leipzig mitgeteilt:

Der Streik in der Baumwollspinnerei ist beendet. Vom 1. April ab wird die Arbeitszeit um eine halbe Stunde vergrößert.

Tarifverhandlungen im Lithographen- und Steindruckgewerbe.

Aus Leipzig wird mitgeteilt:

Seit Jahren streben die organisierten Steindrucker und Lithographen Deutschlands den Abschluß eines generellen Tarifvertrages an. Erst in letzter Zeit haben sich die Unternehmer bereit gefunden, mit den Gehöhlen wegen des Abschlusses eines Tarifvertrages in Unterhandlungen zu treten. Unter Mitwirkung des Leipziger Gewerbegerichts wurden Vertreter von beiden Seiten gewählt. Dieselben traten am Montag unter der Leitung des Leipziger Gewerbegerichts vorsitzenden zusammen.

Die von den Unternehmern unterbreiteten Vorschläge lauteten: Neunstündige Arbeitszeit und 16,50 M. und 18 M. Minimallohn, die der Gehöhlen: für Drucker 9, für Lithographen 8 Stunden und 21 und 25 M. Minimallohn. Der erste Verhandlungstag war vollständig mit der Generaldiskussion über die Verhandlungsbasis ausgefüllt worden. Für den zweiten Tag sollten beide Parteien Vorlagen zu dem Tarifvertrag unterbreiten. Dies geschah auch. Beim Beginn der Verhandlungen am Dienstag machten die Unternehmer folgende Vorschläge: „Mindestdauer des Tarifs auf fünf Jahre. Die Arbeitszeit soll vom 1. Januar 1908 an für Drucker neun, für Lithographen acht Stunden betragen; die Vorschläge der Gehöhlen lauteten: Die Höchstdauer des Tarifs ist drei Jahre, die neunstündige Arbeitszeit wird sofort und allgemein eingeföhrt, die achtstündige Arbeitszeit für Lithographen tritt mit dem 1. Januar 1907 in Kraft. In beiden Erklärungen hieß es dann zum Schluß: „Wo eine kürzere Arbeitszeit durchgeführt ist, bleibt sie bestehen.“ Inherdem ist noch zu bemerken, daß die Arbeitszeit für die Lithographen gegenwärtig schon im allgemeinen nicht länger als acht Stunden ist.

Da jede Partei erklärte, auf ihren Vorschlägen bestehen zu müssen, waren die Verhandlungen als gescheitert anzusehen und wurden geschlossen. Zuvor wurde dann noch gemeinsam eine Resolution gegen die Besteuerung der Ansichtspostarten angenommen.

Noch ein Ausstand beim Stettiner Vulkan. Sämtliche Gusspuffer haben die Arbeit niedergelegt, weil sie einen Mann als Vorarbeiter anerkennen sollten, der die Arbeit nicht verstand und von ihnen erst angeleitet werden sollte.

1200 Bergleute der Schlesiischen Kohlen- und Kalkwerke A.-G. beschlossen am Sonntag in einer in Gottesberg abgehaltenen Versammlung einstimmig, Lohnforderungen an die Veröbverwaltung zu stellen.

Die Herren-Wasschneider in Frankfurt a. M. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben einen vierstägigen Tarif aufgestellt. Für Tagelöhner werden in den vier Klassen 33, 30, 28 und 27 M. Wochenlohn gefordert. Der Tarif soll am 1. März eingerichtet und bis zum 7. März der Antwort der Unternehmer entgegengekehrt werden.

Ausland.

Zur amerikanischen Bergarbeiterbewegung.

Wie schon durch frühere Mitteilungen bekannt, befürchtet man allgemein den Ausbruch eines großen Streiks der Kohlenräuber von Nordamerika. Zurzeit finden noch Unterhandlungen statt zwischen dem Stalokomitee der Unternehmer und der Bergleute. Mittlerweile aber ist in Dubois-District in Western Pennsylvania ein Streik der Weichkohlenräuber ausgebrochen. Dieser erstreckt sich auf zirka 10 000 Bergleute, 2000 Eisenbahner und 500 Werksstättenarbeiter. — Der Streikfonds des Bergarbeiterverbandes beträgt etwa 20 Millionen Mark; diese an sich gewiß respektable Summe würde bei der großen Zahl der Streikenden immerhin nicht allzuweit reichen und so schreden einige Führer des Verbandes doch vor dem nahenden Kampfe zurück und möchten ihn, wenn möglich, zu vermeiden suchen. Aber auch die Unternehmer haben alle Kräfte, einen Kampfe, der, mag er auslaufen wie er will, sicherlich auch dem Kapital tiefe Wunden schlagen wird, auszuweichen, wenn der Friede sich durch nicht allzu große Opfer erkaufen läßt. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen.

New York, 27. Februar. (W. L. B.) Präsident Roosevelt hatte an den Präsidenten der Bergarbeiter-Vereinigung Mitchell geschrieben, ein Ausstand der Bergarbeiter, wie er angekündigt ist, würde den allgemeinen Frieden und die Wohlfahrt des Landes bedrohen. Es wäre notwendig, weitere Anstrengungen zu machen, um ein solches Unglück zu verhüten. Infolge dessen ist eine neue nationale Versammlung der vereinigten Minenarbeiter zum 15. März einberufen, um die Herbeiföhung einer Einigung mit den Arbeitern der bituminöse Kohle fördernden Bergwerke zu versuchen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ueberschwemmungen.

Brüssel, 27. Februar. (W. L. B.) Aus Charleroi und Lüttich werden große Ueberschwemmungen infolge wolkenbruchartigen Regens gemeldet, wodurch große Schäden und an vielen Orten Verkehrsstöhrungen verursacht wurden. Bei Chatelet ertranken 5 Kinder einer Fischerfamilie, als diese sich von ihren Fahrzeugen an Land begeben wollte.

Es hat sich besser geföhrt.

Helsingfors, 27. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach den letzten Feststellungen belöuft sich die aus der hiesigen russischen Staatsbank geraubte Geldsumme auf 170 700 Rubel.

Das Vieken der Hooligans?

Tiflis, 27. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Durch verbrecherische Brandstiftungen sind etwa 30 Magazine auf der Station Abarnie und ferner die ganze Ortschaft Tokostauri zerstört worden.

Logo, der Mustersoldat.

Washington, 27. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Roosevelt hat, um die Notwendigkeit zu betonen, das Personal der Armee und Marine in Friedenszeiten auf der höchsten Stufe der Leistungsföhigkeit zu erhalten, um für den Fall des Krieges gerüstet zu sein, ein Schreiben an den Kriegssekretär gerichtet, in dem er die Hebestanden Tages aufschlägt und zu Ruh und Frommen der amerikanischen Soldaten und Seelenen Tages Armeebefehl bei Beendigung des russisch-japanischen Krieges wiedergibt. Dieser Brief ist als allgemeiner Armeebefehl verbreitet worden.

Parteienoffizinen Berlins u. Umgegend.

Ueberzeugt von der Notwendigkeit einer Regelung der Versammlungstage für Partei- und Gewerkschaftsbewegung schloßen sich die Unterzeichneten dem Aufruf, welchen die Partei- und Gewerkschaftsvertreter Groß-Berlins in der geistigen Nummer des „Vorwärts“ an der Spitze der ersten Beilage veröffentlicht haben, vollinhaltlich an und ersuchen die Genossinnen, auch ihrerseits überall für Innehaltung jener Abmachungen einzutreten.

Die weiblichen Vertrauenspersonen Berlins.
Die Kreisvertrauenspersonen
von Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Allgemeines und gleiches Wahlrecht in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 25. Februar geschrieben: Schlicht und einfach liegt sich der entscheidende Paragraph der am Freitag von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachten Vorlage, durch die das Grundgesetz über die Reichsvertretung abgeändert wird:

„Wahlberechtigt zur Wahl eines Abgeordneten ist jede Person männlichen Geschlechts, welche das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist, und in der Gemeinde, in der das Wahlrecht auszuüben ist, am Tage der Ausdehnung der Wahl seit mindestens einem Jahre ihren Wohnsitz hat.“

Was diese Bestimmung bedeutet, welcher ungeheueren politischen Entwicklung sie entspricht, welcher unermeßliche Erfolg sich in ihr findet, das kann nur der erfahrene, der das gegenwärtige österreichische Wahlsystem kennt. Die Wahlreform der Regierung Gautsich bewirkt nicht allein die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts, sondern vor allem die Begrenzung der Kurien, die wie ein unerschütterliches Fels seit 50 Jahren jede organische Ausgestaltung des Wahlrechts gehindert haben. Das Problem war in Oesterreich nicht das vergleichsweise einfache, aus der ökonomischen Entwicklung selbst ersprißende: ein beschränktes Wahlrecht zu einem allgemeinen Wahlrecht zu machen, die Grenzen der Wahlberechtigung bis zur Allgemeinheit auszudehnen, sondern das Problem war die unergiebliche Aufgabe: vorerst das ganze Gebilde niederzureißen, jede Spur des heutigen Rechts aus den Gesetzen zu tilgen, um dann ein ganz neues Recht zu bilden und für das allgemeine und gleiche Wahlrecht Platz zu schaffen. Auch rein technisch ist der Fortschritt über alle Wägen gewaltig: im Jahre 1901, dem Jahre der letzten Reichsratswahlen, wurden von den 425 Abgeordneten noch 172 indirekt und mündlich gewählt, und selbst die Ausmerzung dieses greulichen Unsinns hätte — im gegenwärtigen System von den Landtagen abhängig — noch Jahrzehnte dauern können. Aber der Schwerpunkt liegt natürlich in der Vereinfachung des Kurienwahlsystems, das zwar nicht so tödlich wie das preussische Klassenwahlsystem, dafür aber noch tödlicher, stumpfsinniger und widerspruchsvoller ist.

Was die Wahlreform für das Proletariat bedeutet, das läßt sich in zwei Zeilen sagen: Bisher wurden von 425 Abgeordneten nur 22 im allgemeinen Stimmrecht erwählt, von jetzt an alle 455! Das ist natürlich nicht eine bloß quantitative Verbesserung des Rechts des Proletariats, sondern eine von Grund aus qualitative. Bisher war ein Erfolg in den Wahlenwahlkreisen der fünften Kurie (72 Abgeordnete für 5 1/2 Millionen Wähler und für das gesamte Staatsgebiet) mehr oder minder nur ein Zufall, und der organisierte Arbeiterstand war kein Wahlkreis sicher; jetzt sind sozialdemokratische Erfolge nicht bloß das Gesetz der ökonomischen Entwicklung, sondern auch das Gesetz der staatlichen Ordnung.

Das neue Wahlrecht bedingt eine neue Wahlkreiseinteilung, und so bleibt die Regierungsvorlage von jenen Widersprüchen und Rückständigkeit frei, die die deutsche Reichstagswahlrecht verunzieren: jener Ungleichheit der Wahlbezirke, welche die Verschiebungen in der Bevölkerungsverteilung eines Menschenalters unberücksichtigt läßt und so eine schwere Benachteiligung der Städte und mit ihnen des städtischen Industrieproletariats bewirkt. Im Gegenteil: die österreichische Reform strebt bewußt eine Begünstigung der Deutschen an, also der industriell am besten entwickelten Nation in Oesterreich, und in dieser Nation wieder strebt die Reform eine Begünstigung der Städte an, wenn diese Tendenz auch durch viele Gegenkräfte (insbesondere durch das Bedürfnis, keinem Kronlande die bisherige Zahl von Mandaten zu nehmen) getrübt ist. Einige Zahlen werden den Unterschied des deutschen und des österreichischen Wahlrechts deutlich illustrieren: Wien erhält 28 Mandate, Prag 8, dessen drei Vororte 6, Triest 5, Lemberg 4, Krakau 3, Vins, Czernowitz, Wilen, Innsbruck — also Städte zwischen 50 und 70 000 Einwohnern je 2 Abgeordnete und Städte wie Teplitz, Budweis, Aussig, Neichenberg, Laibach, Klagenfurt, die 25 bis 35 000 Einwohner haben, alle einen eigenen Abgeordneten. Natürlich hängt das in erster Linie mit dem Umfange des Hauses selbst zusammen, das auch absolut größer ist als der deutsche Reichstag. (455 gegen 397 Abgeordnete.) Relativ größer ist das Haus, weil es ja bloß für eine Bevölkerung von 26 Millionen gewählt wird, während das mehr als doppelt so große deutsche Reich 45 Abgeordnete weniger hat. Sodann hängt die neue Gestaltung natürlich auch mit der geringen Städtebildung in Oesterreich zusammen, wo eine Stadt mit 50 000 Einwohnern schon eine Seltenheit und jedenfalls eine große Stadt ist. Aber eine weitere Ursache ist das aus nationalen Gründen erwachsende Bedürfnis, den wirtschaftlich entwickelten Nationen in der größeren Mandatszahl eine stärkere Vertretung zu schaffen, als ihnen nach der bloßen Kopffzahl zustiele. Natürlich ist die Wahlkreiseinteilung, soweit es möglich war, für die bürgerlichen Parteien, gegen die Sozialdemokratie gemacht, was sich am augenfälligsten in Wien erkennen läßt, wo die innere Stadt, der Sitz des reichen Bürgertums, mit etwa 50 000 Einwohnern vier Abgeordnete, der stärkste Arbeiterbezirk dagegen (Favoriten) mit 120 000 Einwohnern einen einzigen Abgeordneten erhält! Doch haben hierbei auch parteipolitische Gründe anderer Art mitgespielt: so der Wunsch, den Wiener Liberalen zwei oder drei Mandate zu verschaffen, wie sich überhaupt die Spuren der Mandatsverteilung für die gegenwärtigen Abgeordneten in der Vorlage hundertfältig erkennen lassen. Indessen, das sind natürlich „Dämme“, die durch ein paar Jahre wirtschaftlicher Entwicklung wie nichts weggeschwemmt werden.

Was die Aussichten der Reform betrifft — nämlich die Möglichkeit, daß sie sofort, ohne weiteren Verzug und ohne neuen Kampf des Proletariats Gesetz wird (denn daß sie jetzt unverlierbar ist, das ist selbstverständlich), so wurde von uns schon auseinandergesetzt, worin die eigentliche Schwierigkeit liegt und welche Gefahr der Reform droht: daß nämlich keine Nation eingesehen wird, ihre berechtigten Ansprüche seien befriedigt und daß jede Nation infolgedessen die Reform als „ungerecht“ ablehnen könnte: Die Deutschen deshalb, weil die Reform ihre bisherige Stellung im Staate erschüttert und verschiebt. (Wisher hatten sie 205 Abgeordnete unter 425, nun 205 unter 455, wozu noch die Veränderung eines Teils ihres heutigen Besitzstandes durch Verwandlung von kabinettischen Deutschen in internationale deutsche Sozialdemokraten kommt.) Die Slaven deshalb, weil die Reform ihnen nicht das gibt, was ihnen nach der Kopffzahl zuzukommen scheint. Doch ist zu beachten, daß von den Slaven ernstlich nur die Polen benachteiligt werden, deren

Hauptland (Galizien) zwar 10 Mandate mehr bekommt als bisher, (88 statt 78) aber doch nicht annähernd so viel, als ihnen nach der Bevölkerungsanzahl, die fast 80 Proz. der österreichischen Gesamtbevölkerung ausmacht, zukommen würde. Dabei ist ferner nicht zu vergessen, daß den Polen überdies an den in Galizien wohnenden Ruthenen, die sich bisher von der polnischen Schlichte fast widerspruchlos vergewaltigen ließen, eine nicht mehr zu bestehende Gegnerschaft erwächst. So ist das unmittelbare Ergebnis der Einbringung der Vorlage, daß jede Nation unzufrieden ist oder sich wenigstens unzufrieden stellt, daß alle Parteien und Nationen über Benachteiligung oder über ungenügende Schonung ihres heutigen Besitzes klagen und daß die Fassung der Vorlage (nämlich der Wahlkreiseinteilung) so ziemlich allgemein als „unannehmbar“ erklärt wird. Natürlich geben sich die innerlichen Gegner der Wahlreform, durch die das allgemeine und gleiche Wahlrecht begründet werden soll, am „nationalsten“ und schreien am heftigsten. Im Grunde genommen ist die allgemeine Unzufriedenheit ein günstiges Zeichen: die Probe darauf, daß die Vorlage in dem Widerstreite der nationalen Interessen die Mitte gesucht und sie auch so ziemlich gefunden hat. So ist die Möglichkeit vorhanden, daß sich das nötige Kompromiß auch unter den Parteien bildet. Jedenfalls wird die Arbeiterklasse auf der Hut sein. Das seine Spiel der Wahlreform, welche die Reform durch Aufheben nationaler Anforderungen erwürgen möchten, trifft das österreichische Proletariat nicht anbereitet und wird von ihm nötigenfalls mit aller Kraft verteidigt werden.

Aus der ausgezeichneten, gedankenvollen und wahrhaft staatsmännischen Rede, mit der Ministerpräsident Freiherr v. Gautsich die Einbringung der Vorlage begleitete, sind für unsere deutschen Verhältnisse insbesondere folgende Sätze bemerkenswert:

„Kommern, da ich die Ehre hatte, Ihnen die Grundsätze der Wahlreform darzulegen, darf ich vor Ihnen mit voller Bestimmtheit behaupten, daß die Wahlreform nicht im Interesse irgend einer Partei unternommen wurde und am allerwenigsten, trotzdem auch dies vielfach behauptet wurde, im Interesse der sozialdemokratischen Partei. Die Wahlreform entspringt der Notwendigkeit, das Parlament auf eine festere Grundlage zu stellen als bisher. Wenn aber stets von neuem vorgebracht wird, den eigentlichen Vorteil würden doch die Sozialdemokraten davontragen, so erwidere ich darauf folgendes: Will man die Sozialdemokratie ernstlich und mit Rücksicht auf Erfolg bekämpfen, so muß man ihr die wirksamste Waffe entziehen, und diese ist: die Anklage gegen den Staat, daß er den minderbemittelten Klassen die politischen Rechte verläßt, daß andere Klassen aber mit Vorrechten ausgestattet werden. Darin, meine Herren, liegt eine nicht zu unterdrückende Kraft der sozialdemokratischen Propaganda. Hat sie diese Waffe nicht mehr, dann kann der Kampf gegen sie, wenn die Pflicht ihn uns auferlegen sollte, vom Boden des gleichen Rechtes aus viel erfolgreicher geführt werden.“

Ich habe eine zu hohe Meinung von der staats-erhaltenden Kräfte, um anzunehmen, sie bedürften zu ihrer Behauptung des künstlichen Schutzes durch besondere Vorrechte. Sie laden damit nur den Schein der Schwäche auf sich und erschüttern das eigene Kraftbewußtsein. Blicken wir auf die anderen Länder mit allgemeinem Stimmrecht, überall erstarken, zum gleichen Kampf herausgefordert, auch die bürgerlichen Parteien.

Das wird in Oesterreich nicht anders sein. Gestatten Sie mir nunmehr, meine Herren, gleichsam an der Schwelle einer neuen Epoche des österreichischen Parlamentes, ein Wort über die einschwindende Ära. Wir alle sind stolz auf die Wille des österreichischen Parlamentarismus, welcher den Beginn unseres Verfassungslebens auszeichnete. Die Grundlagen des modernen Oesterreich sind damals gelegt worden. Aber die schöpferische Kraft der Interessenvertretung verstieg in dem Maße, als sie allmählich dem Charakter der fortschreitenden Zeit und den neuen Anschauungen im öffentlichen Bewußtsein fremd geworden war. So stand das Haus schließlich wehr- und willenlos inmitten des Sturmes der Disruption. Darum müssen wir für die Reichsvertretung eine neue Grundlage schaffen, und diese Grundlage kann nur noch das allgemeine Stimmrecht sein, das seinen anderen Einschränkungen unterworfen werden soll als jenen, die sich aus der Geschichte und Eigenart Oesterreichs ergeben.

Meine Herren! Wenn wir den ersten Versuch machen, das große Werk der politischen Gleichstellung zu vollbringen, so bleiben wir auch im Einklang mit den sichtbarsten Entwicklungstendenzen unseres gesellschaftlichen Lebens; denn nicht im Gegensatz zu den großen geistigen Strömungen der Zeit, sondern in deren Maß- und verständnisvoller Erfassung liegt die Gewähr für eine ruhige und stetige Entwicklung. Ohne tiefen sittlichen Ernst lassen sich aber große Dinge nicht vollbringen. Wenn die jetzigen politischen Klassen für diese Reform stimmen, dann werden sie das Bewußtsein haben, beigetragen zu haben zu einem großen politischen Fortschritt, aber auch zum sozialen Frieden. Ich für meinen Teil erwarte von der Reform die Auferstehung des österreichischen Parlamentes auf dem Boden des gleichen Rechtes für alle. Weil mich diese Ueberzeugung befeuert, gehe ich mit reinem und gutem Gewissen in den Kampf, dessen Gefahren mir nicht unbekannt sind. Denn jeder Minister, der eine Wahlreform unternimmt, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, als ihr Opfer zu fallen. Ich bin es aber der Sache schuldig, bis zum letzten Augenblick auszuharren, und werde, so lange nicht alle Mittel eines legalen Kampfes erschöpft sind, die Waffen nicht sinken lassen! Wenn ich unterliege, werde ich mit dem Bewußtsein fallen, kein nutzloses Opfer gebracht zu haben. Personen gehen; aber Ideen bleiben. Mein Sturz ist nicht der Sturz der Wahlreform!“

Es wäre verlockend, neben diese Rede des österreichischen Ministerpräsidenten etwas von jenem Wahlrechtsgegner zu setzen, das Deutschlands Kanzler, Herr v. Bismarck, gelegentlich verapopt hat — ganz zu schweigen von den wahlrechtsfeindlichen Keuscherungen, die — zur Schmach für ganz Deutschland — preussische, sächsische und andere Minister in ihren betreffenden Landtagen wagen durften. Im Augenblick könnte eine solche Nebeneinanderstellung der Stimmung, die die Rede des Herrn v. Gautsich zu erwecken geeignet ist, Abbruch tun. Vielleicht findet sich aber bald einmal Veranlassung, das Versäumte nachzuholen und gewisse deutsche Reichsminister gebührend zu charakterisieren.

Soziales.

Ordnungsleute an der Arbeit bei der Ortskrankenkasse in Saarbrücken.

Aus Saarbrücken geht folgender Bericht über die Verhältnisse einer von Ordnungsleuten nach dem Herzen derer von Wilow-Heydenbrandt-Weder-Grafhoff-Mugdan geleiteten Ortskrankenkasse zu:

„Als vor kurzer Zeit in der Remscheidler Krankenkasse „Unregelmäßigkeiten“ von Seiten des dortigen Bürgermeisters festgestellt wurden, die sich aber bei näherem Zusehen in nichts auflösten, da war es eine gewisse bürgerliche Presse, die über die sozialdemokratische Klassenverwaltung herfiel und von sozialdemokratischer „Mißwirtschaft“ sprach, um so nach außen den Eindruck zu erwecken, als ob Mißwirtschaft seitens sozialdemokratischer Verwaltungsbeamten

vorkommen oder gar die Regel bilden. Just zu guter Stunde spielte sich in Saarbrücken, also in einer Gegend, wo eine sozialdemokratische Klassenverwaltung noch eine Unmöglichkeit ist, ein Prozeß ab, der Einblick in eine Mißwirtschaft von Klassenverwaltung aufdeckte, die bisher einzig dastehende Härte und jenen bürgerlichen Preklosaken, aber auch Herrn Dr. Mugdan auf einige Zeit den Mund stopfen wird. (Diesen Optimismus unseres Berichterstatters vermögen wir nicht zu teilen. Die Red.) Vor der Strafkammer des Saarbrückener Landgerichts waren am 30. Januar als Angeklagte erschienen: 1. der frühere Buchhalter der Saarbrücker Ortskrankenkasse Schmann, 2. der Bädermeister Schmidt und 3. die Eheleute Gahner. Der erstgenannte Angeklagte wird beschuldigt, in seiner Eigenschaft als Buchhalter der Ortskrankenkasse Alters- und Invalidenmarken im Werte von über tausend Mark zum Nachteil der Landesversicherungsanstalt Düsseldorf unterschlagen und dazu Marken mit Hilfe der übrigen Angeklagten in bar Geld umzusetzen versucht zu haben. Wie die Kasse geführt wurde und welche Ordnung da herrschte, illustriert die Aussage des Zeugen Rechnungsrat Bed. Derselbe behauptete, daß es dort so traurig mit der Verwaltung bestellt gewesen sei, wie es sich kaum beschreiben ließe. Die Bücher wurden zum Teil garnicht geführt, zum Teil konnten die Eintragungen garnicht mehr kontrolliert werden! Der eiserne Bestand sei vollständig verschwunden gewesen. Bei Durchsicht der Karten stellte sich heraus, daß von Oktober 1902 bis März 1903 garnicht gelebt war. Er fand weiter heraus, daß jeder ohne irgend welche Belege und Quittungen ausstellen auf die Post ging und Marken kaufte. Es war nicht nachzusehen, ob die Marken wirklich ihrer Bestimmung gemäß verbraucht wurden, ja, es war nicht einmal festzustellen, ob für das empfangene Geld auch wirklich Marken gekauft wurden. Bei diesen Feststellungen habe er gefunden, daß mit den Marken ein großer Unfug getrieben wurde. So kommt es vor, daß Arbeiter, namentlich Italiener und Kellnerinnen, abreisen, ohne abgemeldet zu sein. Dadurch sammelt sich ein Markenbestand an, den der Beamte der Kasse wieder zuführen und sich den entsprechenden Betrag wieder aus der Kasse nehmen kann. Es war dies aber nur möglich, weil kein Markenkontrollbuch geführt wurde, das über den Verbrauch der Marken Aufschluß gab. Da Schmann das Klebegeheimnis zu versorgen hatte, so mußte er es als eine große Pflichtverletzung des Schmann bezeichnen, daß er eine solche Unordnung einrichten ließ. Unter diesen Umständen war es ein Leichtes, sich für 1000 M. Marken auf die Seite zu schaffen. Nach der Verhaftung des Schmann fanden sich noch zirka 3000 Marken in den Schränken vor, von deren Existenz niemand eine Ahnung hatte. Nach langwieriger Arbeit ist es gelungen, wieder einigermaßen geregelte Verhältnisse Platz greifen zu lassen, in dessen Stoffen die Beamten immer noch auf neue Unregelmäßigkeiten. Die Wirtschaft war kurz gesagt eine solche, daß sich die genaue Höhe der Unterschleife nicht einmal schätzungsweise angeben läßt! Das Gericht gewann die Ueberzeugung, daß der Angeklagte Schmann auf keinem anderen Wege, als der Unterschlagung in den Besitz der Marken gekommen sei, und daß die übrigen Angeklagten durch die ganze Art, wie sie den Vertrieb der Marken unternahmen, und aus der Höhe der Provision, die ihnen gewährt wurde, gewußt haben, daß die Marken auf unehelichem Wege in den Besitz des Schmann gekommen seien, weshalb sie sich der Beihilfe schuldig gemacht hätten. Das Gericht verurteilte den Schmann zu fünf Monaten Gefängnis, abzüglich eines Monats Untersuchungshaft; den Bädermeister Schmidt und Eheleute Gahner zu je einem Monat und die Ehefrau Gahner zu 18 Tagen Gefängnis.“ Wäre diese Verwaltung eine sozialdemokratische gewesen, da würde der ganze bürgerliche Blätterwald, von den führenden Berliner bis zum hintersten amtlichen Kreisblättern Feiler und Wodis über sozialdemokratische Lotterwirtschaft schreien. So aber wird man wenig mehr als das Urteil bringen und über den Grenzen Saarbrückens wird man die unangenehme Geschichte überhaupt loschweigen. Deshalb haben wir es als unsere Aufgabe betrachtet, unseren Lesern die Tätigkeit einer nichtsozialdemokratischen Klassenverwaltung vorzuführen.

Beitrag zum Wert der Gutachten von Vertrauensärzten bei Berufsgenossenschaften. Uns wird aus Hannover geschrieben: „Bisviel die Gutachten berufsgenossenschaftlicher Vertrauensärzte zuweilen wert sind, lehrt der Fall des Maurers Berns aus Al.-Buchholz bei Hannover. Berns zog sich vor acht Jahren durch Sturz eine Schädelverletzung zu. Es mußte ihm ein Knochenstück von Talergroße aus der Schädeldecke herausgenommen werden. Der Mann ist dadurch als Maurer absolut arbeitsunfähig geworden. Seit acht Jahren aber wendet die Berufsgenossenschaft im Grunde mit ihren Vertrauensärzten alles an, um ihm seine Rente abzusprechen. Zwei Vertrauensärzte, darunter der Inhaber einer berühmten Poliklinik, begutachteten, die Deffnung in der Schädeldecke habe sich durch Knochenbildung wieder geschlossen. Berns spürte nur davon nichts und blieb arbeitsfähig. Er wurde dafür in den Akten als Lügner hingestellt und mit einer wahren Flut von Beschimpfungen und Verdächtigungen überhäuft. Schließlich wollte er sich von einem Vertrauensarzt nicht mehr behandeln lassen, und es winkte ihm Entziehung jedes Rentenanspruchs. Jetzt verfiel indes das Reichsversicherungsamt eine neue Untersuchung und Aufstellung eines neuen Gutachtens durch Professor Schlang in Hannover. Und siehe: dieser sprach mit dünnen Worten aus, daß bei Berns die Schädeldecke sich nicht durch Knochenbildung geschlossen habe und sich für alle Zukunft so nicht schließen werde, weil das eine medizinische Unmöglichkeit sei! Jetzt endlich, nach achtjährigem, jähem Kampfe, wurde Berns seine rechtmäßige Rente zugesprochen!“

Der vorstehend geschilderte Fall ist leider nicht für sich allein dastehend, sondern für die wissenschaftliche Wertlosigkeit und soziale Gemeingefährlichkeit dieser Gutachten sogenannter „Vertrauensärzte“ von Berufsgenossenschaften typisch. Wenn der „Schutz- und Trupverband der deutschen Ärzte“, gebildet zum Kampfe gegen das Selbstverwaltungsrecht und die Krankenkassen der Arbeiter, sein Augenmerk auf die Herabsetzung des Vertrauens in Ärzte durch die Berufsgenossenschaftsärzte richten würde, würde er der Allgemeinheit und seinem eigenen Ansehen sicherlich keinen schlechten Dienst erweisen. Aber freilich: die Berufsgenossenschaften sind ja Organisationen der Unternehmer, und wer als Laie dem Unternehmertum dienen will, darf nicht gegen seinen Herrn auftreten.

Veränderung der Krüppel um 25 Prozent. Es ist in frischer Erinnerung, wie kürzlich im Reichstag Zentrumslente und Konservative sich die Wortführer ihrer Partei und der Nationalliberalen im Dreiklassenparlament abzuschießen versuchten, die unter lebhaftem Beifall ihrer Parteifreunde die völlige Streichung der Krüppelrenten bis 25 Proz. verlangte und den Landwirtschaftsminister zu der Forderung veranlaßt hatten, er werde sehen, wie diesem Wunsch nach völliger Entziehung der im Betriebe der Landwirtschaft Verunglückten zu entsprechen sei. Jetzt laßt die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ den Weg zu weisen, der gegangen werden müsse, um den jenseit durch freibehaltene Gleichgültigkeit der Agrarier gegen Leben und Gesundheit in ihrem Dienste verunglückten Arbeitern die Unfallrenten zu entziehen. Sie schreibt: „Man schreibt uns: Die erschreckende Steigerung der Beiträge zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben zu eingehenden Erörterungen darüber geführt, ob man nicht die Fortzahlung der kleinen Unfallrenten (weniger als 25 Proz. Beitragsfähigkeit der Arbeitsfähigkeit) inibieren solle. Gerade diese kleinen Renten, welche nahezu 40 Proz. der Gesamtzahl ausmachen

Wirden ja die Hauptursache der großen Preissteigerung. Unter anderen plädierte auch das Organ des Rheinischen Bauernvereins, die Rhein. Volksstimme, mit guten Argumenten für eine solche Forderung. Den Bauern würde dadurch eine wesentliche Entlastung, den Landarbeitern aber keine eigentliche Schädigung zuteil werden; denn bei der großen Knappheit an solchen Arbeitern könne kein Bauer daran denken, einem solchen kleinen Unfallverletzten einen geringeren Lohn zu bieten, als ihn die übrigen Arbeiter erhielten. Durch den Rentenempfang werde der in seiner Arbeitsfähigkeit leicht beeinträchtigte Arbeiter vor seinen Arbeitskollegen bevorzugt, und darin liege eine Ungerechtigkeit und ein Anreiz zu moralisch verwerflicher Simulation.

Trotzdem wir diese Ausführungen des Rheinischen Bauernvereinsorgans als durchaus zutreffend anerkennen, möchten wir eine generelle Überkennung jener kleinen Rentenanprüche doch nicht befürworten. Es würde das natürlich von allen Agrarverbänden in agitatorischer Weise ausgebeutet werden. Um das zu verhindern und doch die nach den verschiedensten Richtungen hin ungünstig wirkende „Prämierung“ der leicht Beschädigten zu beseitigen, brauchte man nur die Bewilligung dieser kleinen Renten von dem Nachweis abhängig machen, daß der Bewerber infolge seines Unfalles einen geringeren Arbeitslohn erzielt, als seine Arbeitskollegen. Ein solcher Nachweis resp. der Gegenbeweis ist sehr leicht zu führen und es würde damit der Gerechtigkeit nach allen Seiten hin Genüge geleistet.

Famose, ergabhafte Anweisung das. Nach dem Unfallgesetz erhält der Arbeiter nicht die Differenz zwischen dem Lohn vor und nach dem Unfall ereigt, nicht den vollen Schadenersatz. Er erhält einen Teil des Schadens ersetzt, den er durch Verminderung der Erwerbsfähigkeit erlitten hat. Bei der Verteilung der Erwerbsfähigkeit eines Verletzten kommt es nach dem Gesetz lediglich darauf an, inwieweit die Möglichkeit für den Verletzten besteht, auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiet nach seinen Kenntnissen und körperlichen wie geistigen Fähigkeiten Verdienste zu erlangen. Ob er tatsächlich irgend etwas verdient, ist nach der Rechtsprechung gleichgültig. Das ist eine gewaltige Schädigung des Arbeiters. Auf der anderen Seite ist es deshalb auch unerheblich, ob der Arbeiter durch besondere Umstände ebensoviel verdient, als er ohne den Unfall verdient hätte. Nur rät der biedere deutsche Hund der Landwirte also so: dem verunglückten Arbeiter wird vorübergehend derselbe Lohn wie vordem gezahlt; dem Anspruch auf Rente wird dann der Einwand entgegengehalten, der Arbeiter verdiene ja ebensoviel wie vordem. Wenn dann die zweijährige Verjährungsfrist abgelaufen ist, erhält er natürlich bis 25 Prozent weniger Lohn. Dann kann der Arbeiter aber seinen Anspruch nicht mehr geltend machen: es ist ja vordem rechtskräftig entschieden, daß er in der Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt sei und seitdem hat sich die Erwerbsfähigkeit nicht verringert. Und diesen des Kindes Spielzeugen und Kravattenknöpfers würdigen Rat erteilt das Korrespondenzorgan des Bundes, das weiß, daß die fürchterliche Vermehrung der Unfälle gerade auf landwirtschaftlichem Gebiet dem brutalen Egoismus und der dickenfellen Rücksichtslosigkeit der Agrarier gegen Leib und Leben des Arbeiters zurückzuführen ist.

Aus Industrie und Handel.

Riesenzunahme im Bergbau.

Ueber die gewaltige Entwicklung des Bergbaues in Deutschland geben nachfolgende Angaben über die Verhältnisse im Oberbergamtsbezirk Dortmund ein anschauliches Bild. Im Jahre 1792 waren vorhanden 154 Werke, die mit einer Gesamtbelegschaft von 1357 Köpfen 176 676 Tonnen Kohlen förderten. Die Förderung hatte einen Wert von 683 667 M. Wäskin kam auf den Kopf der Beschäftigten eine Fördermenge von 130 Tonnen und ein Produktwert von 504 M. Obwohl damals die Kohlen meist nur aus wägereicht in die Berge eingetriebenen Stollen zu Tage gebracht wurden, heute aber tief aus der Erde dunklen Schoß der Knappe die schwarzen Diamanten herausholt, die Gewinnung also unendlich viel unständlicher und mühseliger geworden ist, kann der Bergmann jetzt doch eine fast doppelt so große Durchschnittsleistung nachweisen, als sein Vorfahre. Die Fördermenge beträgt nämlich jetzt rund 250 Tonnen; hinzu kommt aber noch eine sehr umfangreiche Nebenproduktion. Berücksichtigt man lediglich die Kohlenförderung, so entfällt heute auf den Kopf der Gesamtbelegschaft ein Wertanteil von 2061 M. Rechnet man aber den Wert des gewonnenen Koks, Ammoniak, Teer und Benzol hinzu, erhöht sich die Summe um 250 M. Die Leistung hat sich mehr als verdoppelt, der Wert der Produktion ist um das 4 1/2 fache gestiegen. Was die Anzahl und den Umfang der Werke betrifft, so ergibt sich folgendes: Die Zahl der Gruben deckt sich heute ungefähr mit der von vor über 100 Jahren. Einschließlich der in den letzten Jahren gegründeten Zechen, die teilweise nur ein paar Leute beschäftigen, sind für 1905 nur 12 Werke mehr vorhanden als damals, aber die Zahl der beschäftigten Personen ist zweihundertmal größer geworden. Heute zählen wir 52 Werke, die je mehr als 2000 Personen beschäftigen, 23 Werke haben eine Belegschaft von insgesamt 97 846 Belegschaftsmitgliedern, 5 Werke zählen über 4000, 3 über 5000 Mann Belegschaft und ein Werk hat es auf eine Stärke von 8163 Beschäftigten gebracht. Diese Grube allein beschäftigt also sechsmal so viel Arbeiter, als im Jahre 1798 im ganzen Oberbergamtsbezirk auf 154 Zechen tätig waren. Zur Veranschaulichung des Bildes mag noch darauf hingewiesen werden, daß die gezählten Werke wohl technisch selbständige Unternehmen darstellen, aber nicht wirtschaftlich, denn einzelne Gesellschaften, wie die „Hibernia“, „Konfolidation“, „Kölnener Bergwerksverein“ usw. umfassen eine ganze Reihe Werke mit Gesamtbelegschaften von 20—25 000 Mann und große Bergwerksgesellschaften sind wieder mit Hüttenwerken fusioniert.

Von der Reichsbank. Der Goldbestand der Reichsbank ist gewissermaßen die Skala für die Expansionskraft der Industrie. Ein hoher Goldbestand erzwingt niedrigen Zinsfuß und der Reichsbank ist für alle unsere Geldinstitute maßgebend. Je billiger das Geld, desto mehr wird die Unternehmungslust angeregt. Zu der Wechselwirkung zwischen Goldbestand und Diskont geben wir hier einige Erläuterungen. Der durch Vorrat nicht gedeckter steuerfreier Notenumlauf der Reichsbank war durch das Bankgesetz vom 14. März 1875 auf 250 Millionen Mark festgesetzt worden. Durch Abänderungsgesetz vom 7. Juni 1899 und durch Verzichtleistung der anderen Banken auf das Notenprivilegium erhöhte sich dieser Betrag auf 470 Millionen Mark.

Außerdem kann die Bank über den Betrag des Goldbestandes (der Bestand an ländlichem deutschen Gelde, an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) für den Bestand an Reichskassenscheinen und Noten anderer Banken verfügen.

Unter Veranschaulichung des letzten Ausweises der Reichsbank stellt sich die Berechnung der steuerfreien Notenreserve wie folgt:

Goldbestand	1 018 420 Mill. Mark
Bestand an Reichskassenscheinen	27 654
Noten anderer Banken	28 069
steuerfreier Notenumlauf	470 000
Summa	1 544 143 Mill. Mark

Der Notenumlauf beträgt 1 290 270 Mill. Mark. Bleibt steuerfreie Notenreserve 243 864 Mill. Mark.

Im Vorjahre stellte sich die steuerfreie Notenreserve auf 508 970 Millionen Mark bei einem Diskont von 3 Proz., während der heutige Satz noch 5 Proz. beträgt. Ein hoher Diskont geht in der Regel Hochkonjunktur in der Industrie voraus. Diese spannt ihren Kredit

auf äußerste an und die Folge ist teures Geld. Folgte der Abnahme des Goldbestandes der Bank ein hoher Diskont, dann wird nur noch der unbedingt erforderliche Kredit in Anspruch genommen, das bedeutet, der hohe Zinssatz der Konjunktur wird von leichtem Getriebe abgelöst, es tritt Stillstand ein und — Stillstand bedeutet Stillgang. Dieser zeigt sich zuerst bei kleinen Werken und in den Kreisen des Handwerks.

Andererseits zeigt ein sehr niedriger Reichsbankdiskont, der einen sehr hohen Goldbestand der Reichsbank erfordert, von Beschäftigungslosigkeit der industriellen Werke, diese brauchen größere Kredite nicht aufzunehmen.

Während sich gewöhnlich der Reichsbankdiskont in den Sommermonaten erniedrigt, erhöht er sich mit dem Kommen des Winters.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gelehrt, daß eine übermäßige Anspannung des Diskonts (1899 stieg derselbe auf 7 Prozent) gewöhnlich eine Krise in unserem öffentlichen Leben mit sich brachte.

Die augenblicklichen Verhältnisse tragen vieles an sich, welches darauf schließen läßt, daß auch jetzt der hohe Diskont der Vorläufer einer wirtschaftlichen Abkühlung war.

Leere Behauptung. Die „Deutsche Kohlen-Ztg.“ (Nr. 8) beschäftigt sich mit ungenügenden Auslassungen betreffend Kohlensucher. Das Blatt spricht vom Terrorismus der Arbeitergewerkschaften, vom Wüten der Hausierhändler gegen den „anständigen regulären Detailhandel“, von scheinbarer Objektivität des „Vortwärts“ usw. und schließt seine Polemik, die auch nicht einen Schein von Objektivität erkennen läßt, also:

„Wir möchten dem „Vortwärts“ erwidern, daß nachgewiesenermaßen der Kohlenhandel keineswegs die Spannung zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis vergrößert, vielmehr den billigen, geschultesten Handlanger zwischen Erzeuger und Verbraucher darstellt. Kohle je nach Mengen- und Qualitätsbedürfnis kann vom Konsumenten nirgends vorteilhafter in jeder Beziehung bezogen werden als vom Handel, der sein Geld und seine Erfahrung, seine Organisation in die Dienste von Produktion und Konsum zu Verfügung stellt.“

Diese Behauptungen haben einen Vorzug: sie schließen jeden Zweifel darüber aus, daß sie den Tatsachen widersprechen. Die Kohlenkonvention ist ausgeprochen zu dem Zweck gegründet worden, die Preise in die Höhe zu treiben, jeder anderen Organisation — Sammelverläufern usw. — das Wasser abzugrahen. Dann der Kohlenkonvention werden im laufenden Jahre die Preise weiter gesteigert. Das bedeutet Erhöhung der Spannung zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis. Es gehört wahrlich eine nur geringe Dosis Objektivität dazu, das zu erkennen. Wenn die Händler mit den Kohlemagnaten vereint den Konsumenten den Segen der Preissteigerung besprechen, dann können sie sich der Verantwortung für die Wirkung nicht entziehen, sie legen sich übrigens der Gefahr des Spottes aus, denn schließlich stehen die Grubenbarone doch den ganzen Vorteil ein, die Händler waren wirklich bloß Handlanger — für das Grubenkapital.

Gestiegene — Dividenden. Schon das vorige Jahr brachte für die meisten Unternehmungen erhöhten Gewinn. Die für die Aktionäre angenehme Entwicklung hat weiter angehalten, wie nachfolgende Zusammenstellung aus den jetzt veröffentlichten Geschäftsberichten illustriert. Es erbrachten:

Gesellschaft	Dividende in Proz.	
	1904	1905
Privat-Aktien-Bank Danzig	6 1/2	7 1/2
Kredit-Bank Leipzig	6 1/2	7
Braunkohlenbergwerk Karoline	15	20
Konfordia	10	12
H. Schneider A.-G., Leipzig	10	11
Bayerische Vereinsbank, München	9	9
Schles. Portland-Zement-Fabrik, Oppeln	10 1/2	13
Nordstern Bergwerk	14	15
Grube Leopold, Alt.-Gef.	4 1/2	6
Konfordia, Bergwerk	10	12
Gelsenkirchener Bergwerk	10	11
Wollwäscherei in Dolten	10	10
Westdeutsche Jutespinnerei Bruehl	4	6
Domersmard-Hütte, Zabrze	14	14
Hoffmanns Stärke-Fabrik Alt.-Gef.	12	12
Bonner Bergwerks- u. Hüttenverein	4	10

Die Unternehmer müssen sich einer beneidenswerten Ahnungslosigkeit freuen, wenn sie angesichts solcher Erfolge unempfindlich gegen die Klagen über mangelhafte Löhne bleiben.

International. Die „Daily Mail“ berichtet, hat das deutsche Eisenartell jetzt ein Fünftel aller Common Shares des amerikanischen Stahltrustes in Besitz. Zweck dieses Erwerbes sei, den deutschen Markt gegen amerikanische Unterbietungen zu schützen. Das internationale Abkommen über Schienenpreise wird als Erfolg der Transaktion bewertet. — Wenn Arbeiter sich international verständigen, um der Plünderung der Arbeitskraft entgegenzuwirken, dann ist das lauterberrätliches, vaterlandloses Treiben, wenn aber das Kapital sich international betätigt, zum Schutze der Konsumentenplünderung, dann ist natürlich „Patriotismus“ die treibende Kraft.

Bereinigter König- und Laurahütte. Die Gesellschaft, welche für das Jahr 1904/05 bei 6 590 507 M. Bruttogewinn 10 Proz. Dividende verteilte, erzielte im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres 3 589 599 M. Ueberertrag oder 208 560 M. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Aus der Frauenbewegung.

Proletarierkinder und Sommerferien. Die niederländische, sozialdemokratische Frauenzeitung „De proletarische Vrouw“ hat eine Kindererziehungsabteilung, die dazu dienen soll, Kindern von Parteigenossen die Sommerferien angenehm und nützlich zu machen, und zwar durch Auswechslung der Stadtkinder mit den Landkindern. Die Leitung der Angelegenheit liegt in Händen des sozialdemokratischen Frauenpropagandaklubs in Amsterdam. Für dieses Jahr soll sich der Versuch auf die Provinzen Nordholland und Groningen beschränken.

Frauenbewegung in Bremen. Ueber die Beteiligung der Frauen am Parteilieben Bremens machte Genosse Voffe in der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins folgende Angaben: Alle 14 Tage fanden Zusammenkünfte statt. Die Zahl der Teilnehmerinnen ist gestiegen. Früher waren oft nur 3 erschienen, in letzter Zeit kommen über 30. Die Zahl der organisierten weiblichen Mitglieder im Sozialdemokratischen Verein stieg von 123 auf 202. In den Zusammenkünften wurden folgende Thematika behandelt: Politische Pflichten der Frau, Stellung der Frau im sozialen Leben, die Arbeiterin im Kampfe ums Dasein, die Konsumvereine, die französische Revolution. Das letzte Thema nahm drei Abende in Anspruch. Es wurden ferner behandelt: Alkohol und Frauen, Heimarbeit, Jugendzucht, Gefundenordnung und indirekte Steuern. Es fanden zwei öffentliche Versammlungen statt, in denen die Genossinnen Thiede-Berlin und Badewitz-Dresden sprachen. Auch in Begegnung und in Hastet geht es vorwärts.

Versammlungen.

Der Berliner Zweigverein des Bauhilfsarbeiter-Verbandes hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause seine Generalversammlung ab. Vöticher und Heidemann erläuterten den Kassen- und Jahresbericht. Demnach hat die Organisation im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist von 4886 auf 7405 gestiegen. Dabei sind nur diejenigen Mitglieder verrechnet, die am Jahresabschluss ihre Beiträge voll entrichtet hatten. Sehr zahlreich waren die Fälle, in denen der Zweigvereinsvorstand wegen Differenzen

auf den Arbeitsstellen eingreifen mußte. Es geschah dies nicht weniger wie 1265 Mal. In 599 Fällen handelt es sich um Lohnforderungen und in 302 Fällen um Pächterregelungen. Es wurden 28 Bauplätze verhängt, an denen 364 Arbeiter beteiligt waren; 22 Sperren endeten mit Erfolg. Außer den regelmäßigen Verbands- und Bezirksversammlungen erforderten die Lohnbewegungen der einzelnen Gruppen noch 52 Versammlungen und 81 Firmenbesprechungen. Der Agitation dienten 174 Bezirks- und Sektionsversammlungen. Die Einnahmen des Zweigvereins betragen in dem Geschäftsjahr neben einem Kassenbestand von 54 454,03 M. eine Gesamtsumme von 201 761,47 M., so daß eine Gesamtsumme von 256 215,50 M. zu verzeichnen war, der eine Gesamtausgabe von 189 919,14 M. gegenübersteht, so daß zum Jahre 1906 ein Kassenbestand von 66 296,36 M. verbleibt. Größere Posten in der Ausgabe seien erwähnt: an Streifenunterstützung 25 837,85 M., an Streifenunterstützung 2067,50 M., an Nachschuß und Reiseunterstützung 828,52 M., an Agitation 3980,19 M.

Die gestern vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Es wurden gewählt: Als Revisoren Rothenburg, Weiland und Klichowski; in die Beschwerdeforschungs-Kommission E. Heidemann, Janowski, A. Lehmann und Ziska; in die Schlichtungskommission A. Heidemann, W. Roat, Dräger, Reunthaler, Gräber, Ariebov und Marx; als Delegierte zur Gewerkschaftskommission Vöticher, Roat und Dräger.

Berein Berliner Hausdiener. Die am 22. Februar abgehaltene Versammlung hörte einen Vortrag des Genossen Koble über: „Was will die Sozialdemokratie?“ Dann berichtete Wappler über die letzten Lohnbewegungen. Bei der Firma M. Cohn, Alexandrinestraße, sind die Kollegen vorstellig geworden wegen Regelung der Arbeitszeit; der Chef beantwortete die höfliche Bitte damit, daß er die 6 Kollegen entließ. Bei Karl Cohn, Klosterstraße, sind die Löhne durch das Eingreifen des Vereins ganz bedeutend aufgebessert worden; ferner bei Brandt u. Co., Lindenstraße. Bei der Firma Wolters Möbelzicherei Nachf., Mollenmarkt, ist es gelungen, nach mehrstündiger Arbeitseinstellung einen Tarif durchzudringen, in welchem die Lohnsätze und die Arbeitszeit bedeutend besser gestaltet wurden. Früher wurden Anfangslöhne gezahlt von 18—22 M., jetzt beträgt der Anfangslohn 24 M. und erreicht die Höhe von 28 M. Ferner wird sämtlichen Angestellten ein Urlaub gewährt, welches früher nicht der Fall war. — Im letzten Monat sind dem Verein 360 neue Mitglieder beigetreten.

Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter (Sektion der Brauer) hielt am 18. Februar eine Vereinsversammlung ab. Der Vorstandsbericht der Brauer-Hannover sprach über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die der Brauereiarbeiter im besonderen. Aus der Berichterstattung über den ringfreien Arbeitsnachweis ist zu entnehmen, daß 179 Mitglieder eingetragen waren. Ferner wird bekannt gegeben, daß die Sektion II ihren ringfreien Arbeitsnachweis nach ihrem Bureau verlegt hat.

Gips- und Zementbranche (Sektion des Bauereverbandes). In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung gab Frisch das Resultat der Wahl zum 1. Vorsitzenden bekannt. Danach haben erhalten: Haese 273 und Grundmann 173 Stimmen. Erriener ist somit gewählt. Die Wahl des 1. Kassierers fiel auf Dersch. Die Schlichtungskommissions-Mitglieder sollen aus dem Sektionsvorstand ergänzt werden. Die zwei im Bureau tätigen Kollegen erhalten im neuen Geschäftsjahr 45 M. Wochenlohn. Als Revisoren wurden Ewert, Klagemann und Giebel gewählt.

Versammlung von Waren in der Lebensmittelbranche. Ueber dieses Thema sprach am 23. Februar Genosse Hoppe, Vertreter der Großeinzelhandelsvereine deutscher Konsumvereine. Nachdem der Redner verschiedene Forderungen von Konsumartikeln besprochen und gezeigt hatte, wie man dieselben erkennen kann, warf er zum Schluß die Frage auf: Wie kann man sich am besten vor Fälschungen bewahren? Da gebe es nur einen Weg: Gehen in die Konsumvereine, denn, von Mitgliedern geleitet, die Einkäufe von Mitgliedern besorgt, liege es schon im eigenen Interesse der Mitglieder, gute und unbedenkliche Ware zu erhalten. Aber auch nach anderer Richtung hin sei der Zusammenschluß des konsumierenden Publikums in Konsumvereine von großer Wichtigkeit. Das Ziel aller modernen Konsumvereine sei der Uebergang zur Eigenproduktion, in erster Linie Erzeugung von großen Bäckereien. Auch sei wohl allen die halbjährige Eröffnung der Seifenfabrik in Aken bekannt. Wenn das Ziel erst erreicht wäre, daß wir die Eigenproduktion in die Hand nehmen, dann könnten die elenden Zustände, wie wir sie in der Heilmachereiausstellung gesehen haben, nicht vorkommen. In der Diskussion nahm Genosse Kahlenstein das Wort. Unter anderem beklagte er es, daß die Arbeiterkraft, ebenso die Arbeiterpresse dem Genossenschaftsgedanken föhlig gegenüber ständen. Auch die Gewerkschaftsorganisationen müßten es als ihre Pflicht anerkennen, der Sache nahe zu treten, damit die oft durch schwere Kämpfe erzwungenen Lohnaufbesserungen den Arbeitern selbst zu gute kommen. Redner wünscht Zusammenschluß aller Berliner Konsumvereine zur Eröffnung einer Wollfabrik in Berlin. Frau Gohler und Frau Lohdahl richteten ihren Appell hauptsächlich an die Frauen und ersuchten sie, Konsumvereine beizutreten. Zum Schluß richtet der Vorsitzende noch die Mahnung an die Nichtmitglieder, mit der Ausnahme nicht zu warten, die Mitglieder dagegen fordere er auf, unverzüglich neue Mitglieder zu werden.

Der Verband der Zigarrenfabrikanten und Ristentekker (Zahlstelle Berlin) hielt am 22. Februar eine öffentliche Versammlung ab. Der Referent Arnold-Hamburg erörterte den Zweck der Organisation und wies auf die Fortschritte, die der Verband in den 20 Jahren seines Bestehens gemacht hat, hin. Während der Verband in den ersten Jahren eine Mitgliederzahl von 300 hatte, hat er jetzt eine solche von 2000. In Süddeutschland sind jetzt ganz gute Fortschritte zu verzeichnen. Redner schloß mit dem Ersuchen, alle Kollegen sollen für den Verband wirken und den Organisationsgedanken auf das Land hinausstrahlen. Vor allen Dingen sei hier in Berlin zu agitieren, da sich hier noch Fabriken befinden, wie Juhl und Martenzen, wo die dort beschäftigten Kollegen dem Verbands fern stehen. In der Diskussion wurden von den Kollegen einige in Berlin herrschende Mißstände erörtert.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Zub-Or“. Heute, Mittwochabend pünktlich 8 1/2 Uhr bei Tollbock, Görlischerstraße 58: Vortrag des Redakteurs Genossen E. Brüdner: „Ueber Krankenversicherungsgesetzgebung“. Vereinsmitteilungen. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Zukunft“ (Mitglied des Bundes). Heute Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Rich. Warkauerstraße 61: Vortrag des Genossen Brüdner: „Ueber Unfallversicherung“. Gäste, auch Frauen, willkommen.

Kassen- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Berlins. (E. S. Nr. 88.) Mittwoch, den 28. Februar 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Heim, Weinstr. 11: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses. 3. Bericht von dem Kongreß der eingeschriebenen Pflanzstätten Deutschlands.

Witterungsbericht vom 27. Februar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C.
Entrembe	746	S	2	Regen	3	Saharanda	747	S	2	bedeckt	-9
Damburg	743	S	1	Nebel	4	Petersburg	751	D	3	bedeckt	-7
Berlin	746	ED	1	Regen	4	Scilla	745	SS	5	smollig	7
Kranf. a. M.	748	SS	4	bedeckt	11	Aberdeen	744	SS	2	bedeckt	9
München	753	SS	6	bedeckt	7	Paris	747	SS	4	bedeckt	1
Wien	756	S	1	Nebel	2						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. Februar 1906. Pünktlich warm, vorwiegend trüb und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden.

Deutscher Wetterdienst.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

An der Jannowitzbrücke **BERLIN** Dicht neben dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke

Deutschlands größtes Möbel-Kaufhaus
für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Unser großes Musterbuch mit über 1200 Abbildungen versenden wir frei und umsonst.
Besichtigung unserer großen Ausstellungsräume ohne Kaufzwang gern gestattet.
Gekaufte Möbel können bis zur Ablieferung kostenlos lagern.

Vollständige Wohnungseinrichtungen

vom Einfachsten an
stehen fertig aufgestellt.

Eigene Werkstätten!
Wir übernehmen
weitgehendste Garantie



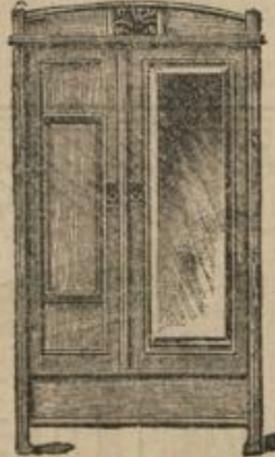
Ges. geschützt

No. 1229. Bettstelle mit Matratze und Keilkissen oder Spiral-Matratze, Lagerfläche 200x100 cm. echt Satin Nußbaum Mk. 85.—, 108 cm breit, 130 cm hoch, 210 cm lang.



Ges. gesch.

No. 1233. Nachtschrank mit Marmorplatte, echt Satin Nußb. Mk. 20.— 42 cm breit, 78 cm hoch, 39 cm tief.



Ges. geschützt

No. 1227. Ankleideschrank mit Spiegeltür, echt Satin Nußbaum Mk. 98.—, 113 cm breit, 198 cm hoch, 52 cm tief.

No. 1228. Derselbe mit breiter Spiegeltür, größer, Mk. 150.— 139 cm br., 218 cm h., 55 cm tief, ganz oder teilweise für Wäsche eingerichtet Mk. 10.— mehr, in Schubkasten Mk. 10.— mehr.



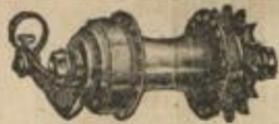
Ges. geschützt

No. 1232. Stuhl mit Rohrsitz, halbecht Mk. 5.50, echt Satin Nußbaum Mk. 10.—.



Ges. geschützt

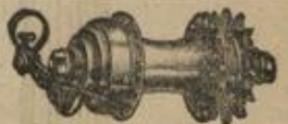
No. 1230. Waschtiseltisch mit Marmoraufsatz, echt Satin Nußbaum, m. Türen, 78x47 cm M. 40.—, 84x52 cm M. 45.—, 94x57 cm M. 55.—, 110x63 cm M. 75.—, m. Kästen M. 8.— mehr.
No. 1231. Aufsatzspiegel mit Kacheln Mk. 37.



New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.



Arbeiter = Gesundheits = Bibliothek

find bisher folgende Hefte erschienen: 233/9*

- Heft 1
Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller
Nutz in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2
Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein
Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3
Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Girschlaff
Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung dazu.
- Heft 4
Der Achtstundentag von Dr. Jabel
Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
(Vergessen, die zweite Auflage erscheint in circa 14 Tagen.)
- Heft 5
Alkoholfrage und Arbeiterklasse . von Dr. Fröhlich
Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre.
- Heft 6
Das Schulkind von Dr. Silberstein
Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
- Heft 7
Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten
von Dr. Gebert
Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8
Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes
Ein wichtiges Kapitel für die Arbeiterfamilie.
- Jedes Heft kostet 20 Pfennig.
- Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Möbel und Polsterwaren

Theodor Knorn

N. 39. Gerichtstr. 10 am Hochplatz.

Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.
Komplette bunte Küchen von 56 Mark an
sowie große Auswahl einzelner Möbel, Polsterwaren
nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.
Besichtigung ohne Kaufzwang bereitwilligst gestattet.

Das rühmlichst bekannte

Original-Haase-Bier

aus der Lagerbierbrauerei E. Haase in Breslau
gelangt nunmehr auch in sämtlichen Lokaltäten der

Ashinger's Bierquelle A. G.

zum Auschank.

Raucht

Tassi-

Cigarettes.

Steppdecken

liegt direkt in der
Fabrik
72. Wallstr. 72.
so auch alle Steppdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmayer,
Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.

Ziehung 10.-13. März 1906.

Königsberger Geld-Lotterie

Hauptgewinne: Mark

75 000

20 000

10 000

Lose à 3.50 M. einschl. Porto und
Liste empfiehlt

Carl Heintze,
Berlin W., Unter den Linden 3.

Blutarmut

Bleichsucht, Nervenschwäche, Blut-
stockungen usw. beseitigt vollkommen
Reichel's Malzeisenpulver
Reichlich blutbildend, schwache Ner-
ven stärkend und enorm Appetit an-
regend. Wirkt bei Kindern Wunder!
Wahrhaft überraschende Erfolge.
Dose Mk. 1.25. Uebl. 3 Dosen Mk. 3.75
hier frei Haus. Versand nach auswärts.
Otto Reichel, Berlin SO 43,
Eisenbahnstr. 4.

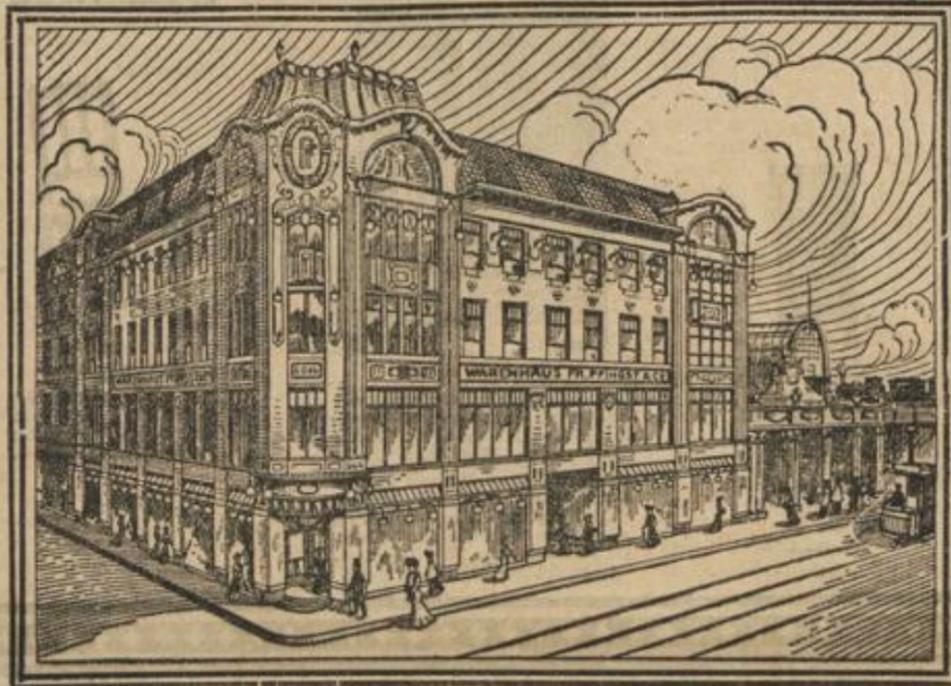
Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

Warenhaus
FR. PFINGST & Co

Ecke Neue Friedrichstrasse **Berlin C., Königstrasse 33** Direkt am Alexanderplatz



Eröffnung

unseres neuen Geschäftshauses

morgen Donnerstag

den 1. März

Vormittag 8 Uhr

Urania Tauben-
str. 48/49.
Wissenschaftl. Theater um 8 Uhr:
Dr. Donath: Die Fortschritte der
drahtlosen Telegraphie.
Um 4 Uhr:
Im Lande der Mitternachts-
sonne.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

Castans
Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner
Abessinians.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder,
sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Miß Gertrude,
Sängerin.
Karl Bernhard,
der Sumorist.
= Bierzehn Nummern. =
„Und Pepi singt“
(Pepi Weiß).

Herrnfeld-Theater.
Heute zum 114. Male:
**Der größte Herrnfeld-
Schlager:
Familientag**
im
Hause Prellstein.
Komödie in drei Akten mit den
Hauptrollen u. d. Herrnfeld in den
Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr
(Theaterkasse).

Sanssouci Kottbusser-
Straße 4a.
Dir. Wilhelm Kolmer.
Heute Mittwoch auf Berl.:
Die Grille.
Gastspiel Luch Bogaty,
Ziegl. Vorn.
Sonn. 8 u. 10, Donnerst. 8 u.
Sonn., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanzkränzen.

Reichshallen.
Zünftig: **Stettiner Sänger.**
Neu! Mozart, Wagner,
Offenbach.
Rust. Zeitbild v. Meyfel.
Anfang
Bischofsplatz
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Carl Gabriels
Volks-Museum
Friedrichstr. 112a,
am Oranienb. Tor
Zirkus 2000 Aus-
stellungsobjekte!
Entree 30 Pf.
Sold. u. Kind. 20 Pf.
Sämt. Räume 60 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Mittwochs 8 Uhr.
Sonnabende für Sommer-
feste sind noch frei.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.
Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Am zweiten Bilde:
Die sechs schönen Manolisigaretten.
In jedem
× das neue Februar-Programm. ×
Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Zünftig
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

WINTERGARTEN
Zum erstmalig in Berlin!

Tschin-Maa's
Chinesen-Truppe
Außerdem
Otto Reutter
und das
sensationelle Februar-Programm.

Otto Pritzkow
Berliner Anormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinsten Vortragskünstler und
Sterne der Lilliputaner der Welt.
Die Fuß-Ränklein Margarete
Marjet, Hellscherin Armida, wahr-
sagende Wunderdame, Pluto,
Wunderbahn, geb. mit 4 Beinen,
2 Köpfern, 1 Kopf, lebend. zc.
Riesen, Zwerge, Phänomen,
Fakire usw.

Moabit. Gesellschaftshaus.
Wicelstr. 24. Inh.: H. Peters.
Jeden Mittwoch:
**Original-
Karburger Sänger**
Direktion:
K. Frick u. Kasche-Krause.
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vorzugsarten gelten.
Nachher: **Tanz.**

Zum unverzagten Rehberger
Johannes Fricke, Magstr. 135
Neben Mittwoch:
Frische Blut- u. Lebertouren
in bester tadelloser Güte.
3 Vereinszimmer, Räume für
××× Feilschichten. ×××
Fernsprecher Amt 2, 3157, 2542

Zahnklinik Friedrichstr. 65.
(zwischen Kronen-
und Mohrenstraße).
Zahnziehen, gratis.
Bei künstl. Zähnen, Brücken zc.
werden nur die Anlagengebühren
abgerechnet. abds. 5-7 Uhr, außer Sonnt.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Frankfurter-
Fernsprecher Nr. 8. Chaussee 5.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn
O. Bürger.
Jeden Mittwoch:
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der
Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × **Sond. haben**
5658* **Gültigkeit.**
Gebr. Arnhold.

Partei-Expeditionen:
Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalder-
straße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fröh, Prinzenstr. 31,
Dol rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels,
Reinhardt Allee 79. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15
(Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Jucht, Reibellstraße 42
(Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders,
Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Weihe, Wiesen-
straße 41/42. — **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:**
Hermann Raschke, Adlersh. 33, Eingang Anflamerstr. — **Gesund-
brunn:** F. Trapp, Bürgenerstr. 24, vorn part. links. — **Schön-
hauser Vorstadt:** Karl Rasch, Lichtenbergstr. 123. — **Alt-
Glienke:** Reinhold Schulz, Rudowstr. 83. — **Charlottenburg:**
Gustav Scharberg, Selenheimerstr. 1, Ecke Goethestr., v. l. — **Wilmers-
dorf:** Georg Freie, Becklerstr. 46, Laden. — **Lichtenberg,
Friedrichsberg, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau,
und Rummelsburg:** Otto Seifert, O. 112, Kronprinzstr. 50, l.
— **Grünau:** D. Böhme, Bismarckstr. 2. — **Rixdorf:** W.
Heinrich, Prinz-Gendarmenstr. 7, im Laden. — **Schmargen-
dorf:** Gustav Kaminsky, Einastostraße 2. — **Schöneberg:**
Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Tempelhof:**
W. Müller, Becklerstr. 41/42. — **Ober-
Schöneberg:** Julius Bruno, Edisonstr. 10, l. — **Nieder-
Schöneberg:** Donaldson, Dörfelstr. 1 d. — **Johannis-
thal:** Franz Arnold, Widmarstr. 7. — **Adlershof:** Erich Steuer,
Roonstr. 8, l. — **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann,
Ludowigstr. 4b. — **Köpenick:** Friedrich Weid, Grünstr. 4. —
Friedenau-Steglitz: D. Verusche, Schloßstr. 115, Gartenhaus I,
in Eileg. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr,
Düppelstraße 8, und Dr. Schellhase, Kronenstr. 15a. — **Marien-
dorf:** Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — **Baumschulen-
weg:** Stod. Ernststr. 2, II. — **Treptow:** R. Voigt, Eisenstr. 37,
vorn III l. — **Neu-Weißensee:** W. Reske, Sedanstr. 105, part.
— **Reinickendorf-Ost:** Wilhelmsruh und Schön-
holz: R. Gutsch, Provingstraße 108, II. — **Tegel, Borsig-
walde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und
Reinickendorf-West:** Paul Kienak, Vorkriegswalde, Schubart-
straße 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwald,
Waldenstr. 73. — **Eichwalde, Zehlendorf, Miersdorf und Hanksel**
Abt: Wilhelmsruh, Gieswalde, Kronprinzstr. 82, l. — **Teltow:**
Deumann Krüger, Reuterstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe,
Friedrichstr. 1. — **Spandau:** Köpfern, Jagowstr. 9.
Überdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Bücher dort zu haben. **Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.**
Bitte ausschneiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen
aller graphischen Berufe!

Donnerstag, 1. März, abends 8 Uhr, im gr. Saale der „Neuen Welt“,
Hafenstraße 108-114:
Große öffentl. Protest-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Steuerpolitik der Regierung und die geplante Postkarten-Steuer mit ihren Folgen für
das graphische Gewerbe. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Richard Lipinski.**
In Anbetracht der den graphischen Berufen drohenden Gefahren erwarten wir, daß alle Buchdrucker,
Lithographen, Steinbrücker, Chemigraphen, Lichtbrücker, Kupferbrücker, Buchbinder, sowie alle be-
teiligten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Postkartenmaler und -Koloristen in Massen erscheinen.
Im Auftrage der Ortsverbände: Der Einberufer.

Achtung! **Achtung!**
Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Freitag, den 2. März, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal):
Außerordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Störmer** über: „Die sozialistische Welt-
und Lebensanschauung“. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert. 137/10*
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Zweigvereinsvorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Der Kenner
raucht
№ 61
hochfeine 6 Pf. Cigarre
vorzügl. würziger Geschmack
J. NEUMANN
Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.

Raucht
Spree-Blume-
Zigaretten.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Vororte.
Bureau und letzten Arbeitsnachweis: Rosenthalerstr. 57
9-12 u. 2-4 Uhr geöffnet. — Fernsprecher: Amt III, 1296.
Donnerstag, 1. März, abends 9¹/₂ Uhr, Sophienstr. 17-18
an der Rosenthalerstraße:
**Fortsetzung der außerordentlichen
General-Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Die Kündigung des Tarifvertrages durch die freie Ver-
einigung selbständiger Barbier und welche Forderungen unter-
breiten wir den Arbeitgebern. 288/17
2. Diskussion.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein
Kollege fehlen.
Der Vorstand. J. U.: Paul Liere.

Freitag, den 2. März 1906, abends 8¹/₂ Uhr, bei Wille,
Brunnenstr. 188 (nahe dem Rosenthaler Tor):
Öffentliche Versammlung
d. Tabakarbeiter u. -Arbeiterinnen Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
Das neue Attentat auf die Zigaretten-Industrie und die Be-
schlüsse der Finanzreformkommission des Reichstages.
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Hermann Förster-Hamburg.**
Das Erscheinen aller ist dringend notwendig.
Die Kommission. J. U.: Karl Butry.
187/5

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.
Donnerstag, den 1. März, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15 (Saal 4):

Klempner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Bauer** über: Die Bedeutung der Kranken-
versicherung für die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
In dieser Versammlung muß jeder Kollege anwesend sein.
NB. Das diesjährige Frühjahrsvergütungen der Klempner
findet am 24. März bei Keller, Koppenstr. 29, statt, wozu
Billets in der Versammlung zu haben sind.
113/4 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Gewerkschaften! Achtung!
Die zum Mittwoch, den 28. Februar, für
Friedrichsberg-Lichtenberg
anderaumt
Protest-Versammlung
findet nicht im „Schwarzen Adler“, sondern
im „Kronprinzen-Garten“, Frankfurter Chaussee 128,
288/18
Die Kommission der lokalorganisierten Gewerkschaften
von Friedrichsberg-Lichtenberg.

Stukkateure!
Donnerstag, den 1. März, abends 8¹/₂ Uhr, pünktlich, bei Franke,
Sebastianstr. 39:
Außerordentl. Mitgliederversammlung der Gruppen A. u. B.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Fensterfrage. 2. Fortsetzung der Debatte über die Unter-
stützungseinrichtungen unserer Organisation; erster Redner Kollege R.
Giebler. 3. Die vorgeschlagenen und andertweiligen Statutenänderungen.
Da diesmal, entgegen sonstigen Gepflogenheiten, der Donnerstag
als Versammlungstag gilt, so erwartet trotzdem zahlreicher Besuch
173/7* **Die Ortsverwaltung.**

Moabiter Bürgersäle
1 großer und 1 kleiner Saal
::: stehen täglich zu :::
Versammlungen und Ver-
gnügen zur Verfügung.
×××× Vereinszimmer einige Sonnabende noch frei. ××××

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 26. d. Mts.
verstarb unser Mitglied, der Schrift-
leiter
Oskar Christoph
Tempelinerstr. 8/9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des Stions-
Kirchhofes, Nordend, aus statt.
Der Vorstand.

Am 25. Februar, abends 8¹/₂ Uhr,
entschieden langem,
schwerem Leiden an Herzlähmung
mein lieber Mann und Vater,
Bruder, Schwager und Onkel, der
Restaurateur
Franz Ungerberg
im 54. Lebensjahre. 288/9
Dies zeigen tiefbetäubt, um
Hilfe Teilnahme bittend, an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Baumschulenweg-Relke.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. März, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause,
Baumschulenstr. 64 aus nach dem
Zehlener Kirchhofe, Neue Krug-
Allee, statt.

Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.
Bezirk Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Mitglied, der Kollege
Theodor Döring
am 25. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zehlener Kirchhofes
aus statt. 33/7
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereins-Vorstand.

Dankagung.
Für die zahlreiche Teilnahme und
Blumenpenden bei der Beerdigung
meines lieben, unvergeßlichen Mannes
und guten Vaters, des Schriftsetzers
August Fiebach
sprechen wir allen Verwandten und
Bekanntem sowie den Kollegen der
Hausdruckerei, dem Herrn Kolster
sowie der Buchbinderei der Aktien-
Gesellschaft für Anilinfabrikation und
dem Hülfsverein „Reisböden“
unseren aufrichtigsten Dank aus.
Die trauernde Witwe 1035
Martha Fiebach und Sohn.

Dankagung.
Für die vielen Gesteine unigere
Teilnahme und die reichen Kranz-
penden bei der Beerdigung meines
lieben Mann, unserer guten Mutter,
Schwiegermutter und Großmutter
Luise Bethge geb. Link lagen
allen Verwandten und Bekannten
sowie dem Verband der Buchbinder
unseren herzlichsten Dank.
E. Bethge nebst Kindern
845 und Schwägerkindern.

Dr. Schünemann,
Spezial-Arzt für
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.** Sekt:
Friedrichstr. 203 **Ecko**
Schützenstraße.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Butter! Honig!
Bestet frisch garantiert naturrein: Stab-
butter, 10 Pf. Stück R. 7.50; Käse-
butter, 10 Pf. Stück R. 4.50, a. Br.
1/2 Butter, 1/2 Honig R. 5.50 204/19
J. L. Schneller, Suozacz 3, Oest.

Ein Riesenposten
130 cm breite bunte
**Mocket-
Plüsch**
vornehm. haltbarer Möbelstoff
Buntpersische Blumenmuster
Inventur- **5** 35 pr. Meter
Extrapreis **5** Wort **750**
Bei Abnahme **5** 15 p. Mtr.
ganz. Stücke **5** M. p. Mtr.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1933.

Nr. 49. Mittwoch, den 28. Februar 1906.

Inferate sechsgepaltene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Am Dienstag, den 6. März, 8 Uhr abends, finden in Groß-Berlin die Generalversammlungen der Wahlvereine statt, welche sich mit dem Normalstatut und den Satzungen für die Einzelkreise beschäftigen.

Wie bitten Partei und Gewerkschaften, an diesem Tage keine anderen Veranstaltungen zu treffen.

Der Aktions-Ausschuss.

Pankow. An Stelle der regelmäßigen Wahlvereinsversammlung findet heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal Roachki, Kreuzstr. 3-4, eine öffentliche Versammlung der 8. Wählerklasse statt. Referat des Stadtverordneten Genossen Küster-Schöneberg über: Die Vertretung der arbeitenden Klasse in den Gemeindeparlamenten.

Der Vorstand.

Wahldorf. Am Donnerstag, den 1. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Krudt, Bahnhofstraße, eine Hausväterversammlung der Schulfazienten statt. Da wichtige Schulangelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht aller Parteigenossen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Hausvater im Sinne des Befehles ist, wer einem eigenen Hausstand vorsteht und Steuern bezahlt.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Die Agitation unserer Gegner zu den Gemeindevertreterwahlen in **Rotawes-Neuendorf** ist in vollem Gange. Zwar haben sie nicht den Mut, öffentliche Versammlungen mit freier Diskussion einzuberufen, desto mehr sucht man hinter verschlossenen Türen gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen. Welcher Art diese Agitation ist, zeigte eine am Sonnabend im Regelschen Lokal in Rotawes abgehaltene Versammlung der Mitglieder des Kirch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins, der auch der Abg. Goldschmidt und Vorkühler Herr Hecht-Neuendorf beimohnten. Nachdem ersterer über ein gewerkschaftliches Thema einen Vortrag gehalten, nahm der Vorsitzende, früherer Gemeindevertreter Hüfner das Wort, um seinen Werger Luft zu machen, daß er bei der letzten Wahl in Rotawes einen so glänzenden Reinsfall erzielt und von den Sozialdemokraten aus dem Rathaus verdrängt wurde. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß ein Kompromiß der bürgerlichen Parteien zu den bevorstehenden Wahlen zustande gekommen sei, was zu großen Hoffnungen berechtige. Insbesondere die Tatsache, daß diesmal in zwei Bezirken gewählt wird, ist außerordentlich günstig für die bürgerlichen Wähler; von den 2000 Wählern in Rotawes seien höchstens 800 Sozialdemokraten; die übrigen könnten bei intensiver Agitation für die bürgerlichen Parteien gewonnen werden; es müßte den Sozialdemokraten ein zweites Spandau bereitet werden. Aus dem ersten Bezirk könnten dieselben schon in diesem Jahre verdrängt werden, der zweite müßte in zwei Jahren erobert werden. Redner erging sich in heftigen Ausfällen gegen den Genossen Jubel, demselben Neuzugungen in den Mund legend, die derselbe nie und nirgend getan hat, und betonte, daß sich die Versammelten für zu verständlich halten müßten, um mit Sozialdemokraten zu diskutieren. Herr Schwarz, einer der neu aufgestellten Kandidaten, wünscht, daß die Agitation auf jeder Aintausse und Hochzeit betrieben werden müsse. Gemeindevertreter Delmann-Neuendorf gibt seiner Entrüstung Ausdruck, daß ihn der „Vorwärts“ einen Paradearbeiter genannt habe; es gäbe hier Sozialdemokraten, die man einfach als Galunken bezeichnen möchte. Vorkühler Herr Hecht-Neuendorf führte aus, daß die Sozialdemokraten nichts von sich hören lassen, dafür desto intensiver im geheimen agitieren; er wüßte, daß dieselben diesmal einen ganz schlaun Trick erfinden hätten, den er aber noch nicht verraten könne; aber die bürgerlichen Parteien haben einen Plan gelegt, die schon im richtigen Augenblick explodieren würden. Für das Sechstenebene der Versammlung war es bezeichnend, daß diese Phrasen mit stümperischem Weisfall aufgenommen wurden. In dieser Tonart bewegte sich die Diskussion bis in die erste Morgenstunde; auch Abg. Goldschmidt nahm daran teil und empfahl den Versammelten, es den Sozialdemokraten in puncto Organisation und Agitation gleichzutun, dann würden auch Erfolge erzielt werden. — Wenn wir auch dieses Stammesmerkelum, was sich in der obigen Versammlung breitmachte, nicht überschätzen, so haben wir doch keinen Anlaß, in der Agitation nachzulassen, sondern es muß die Pflicht jedes ausgearbeiteten Arbeiters sein, dafür zu sorgen, daß unsere Kandidaten in beiden Orten mit einer Majorität gewählt werden, die den Kirch-Dunderschen Phrasen das Wiederkommen verleidet. Darum auf zur Agitation! Erscheine jeder in der heute im Schmidtschen Lokal stattfindenden Versammlung, um den Kirch-Dunderschen die gehörige Antwort auf ihre hinterlistige Taktik zu geben.

Der Wahlmodus für die Gemeindevertreterwahlen in Rotawes ist nun definitiv festgestellt worden; danach findet die Wahl der Vertreter der 8. Klasse in zwei Bezirken statt; der erste Wahlbezirk umfaßt sämtliche Straßen westlich der Priesterstraße und die an der westlichen Seite der Priesterstraße gelegenen Häuser Nr. 41-51, der zweite Wahlbezirk besteht aus sämtlichen Straßen östlich der Priesterstraße und den an der östlichen Seite der Priesterstraße gelegenen Häusern Nr. 1-40. Bei den diesmaligen Wahlen sind im 1. Bezirk ein Vertreter (Kandidat Genosse Karl Grubel), im 2. Bezirk zwei Vertreter (Kandidaten die Genossen Ernst Jöfner und Karl Gomon) zu dritten Abteil der Gemeindevertretung zu wählen. Die Wahl für den 1. Bezirk findet statt in der Turnhalle, Auguststraße, für den 2. Bezirk im Lokal von Regel, Lindenstraße, am 19. März von nachmittags 4 Uhr bis abends 8 Uhr.

In **Wahldenck** wurde der Genosse Wärsch zum Kandidaten aufgestellt.

In **Herzfelde** kandidiert der Schuhmachermeister Schröder für unsere Partei.

Die Gemeindevahl in **Britz** findet am 16. März statt und zwar für die dritte Abteilung von 2 bis 6 Uhr, dann wählt die zweite und zuletzt die erste Abteilung.

Gemeinde-Etats.

Der Voranschlag der Gemeinde **Pankow** für das Rechnungsjahr 1906 balanciert in der Hauptzusammenfassung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben mit 5 971 067,75 M. Davon entfallen auf die Hauptverwaltung im Ordinarium 1 179 000 M., im Extraordinarium 1 901 330,93 M., auf die Realschule 136 750 M., auf die Gemeinde-

schulen 252 100 M., auf die Armenverwaltung 70 000 M. Für die Krankenhausverwaltung, welche zum erstenmal im Etat erscheint und nur für ein halbes Jahr in Frage kommt, sind 39 000 M. ausgemorfen. Für die Kanalisationsverwaltung sind im Ordinarium 211 000 M. und für das Extraordinarium 1 224 000 M. eingelegt. Der Voranschlag für das Reichsgut Wäldenbeck ist von 136 200 M. auf 132 700 M. niedriger eingelegt infolge des Ausfalles an Erträgen, welche durch die erst angelegten Verleisungsflächen entstanden sind. Der Voranschlag des Wasserwerkes ist im Ordinarium mit 105 300 M. eingestellt und im Extraordinarium mit 586 000 M. — Was die Einnahmen anbelangt, so ist zu bemerken, daß der kommunale Steuerzuschlag von 120 Proz. auf dem Vorjahr von 42 500 M. von den indirekten Steuern bringt die Umsatzerlöse 200 000 M., die Biersteuer 21 000 M., die Vergütungssteuer 1600 M. und die Hundsteuer 13 900 M. Die Ausgaben der Gemeindeverwaltung beziffern sich auf 114 066,93 M. — Die Ausgaben der Amtsverwaltung betragen 44 100 M. Dabei ist hervorzuheben, daß vier neue Amtsdienststellen eingelegt sind, welche den Titel „Polizeisergeanten“ führen sollen. Für die Gesamtverwaltung kommen 51 900 M. zur Verrechnung, darunter allein für „Scharzhälfe“ 20 000 M. — Für den Neubau von Gemeindefschulen sind 225 630 M. ausgemorfen, desgleichen für den Bau eines Realgymnasiums 250 000 M. Für den Bau des Krankenhauses als letzte Rate 240 000 M., insgesamt für das Krankenhaus 600 000 M. Für Straßenpflasterungen sind eingelegt 821 000 M. und für den Ankauf von Grundstücken 270 000 M. Zu den Schullasten der Gemeinde in der Höhe von 252 100 M. und zur Tilgung und Verzinsung von Anleihen zu Schulbauten aufgenommenen Anleihen in der Höhe von 54 889,47 M. leistet Vater Staat ganz 7000 Mark als Staatsbeiträge. Wahrlich ein netter Beitrag zum Schulunterhaltungsgelei.

Der Etat der Gemeinde **Wilmersdorf** stellt sich in diesem Jahre in Einnahme und Ausgabe genau auf 8 118 805 M. oder rund 9 1/2 Millionen Mark niedriger als im Vorjahre. Das Weniger wird durch das Herabgehen des Extraordinariums um rund 4 Millionen erzielt. Die ordentliche Verwaltung ist dagegen um 733 140 M. gestiegen. Ueberüberschüsse werden erzielt durch den Steueretat: 2 702 715 M., die Gemeindecinkommensteuer mit 60 Proz. Zuschlag 1 510 000 M., Gewerbesteuer ergibt 78 000 M., Grundsteuer mit 2,8 vom Tausend 1 344 000 M., Umsatzsteuer zu 1,5 Proz. 500 000 M., Hundsteuer 40 000 M. und Luftbarkeitssteuer 9500 M. An Kreissteuern werden 775 000 gezahlt. Der Wert der Liegenschaften und steuerpflichtigen Gebäude wird auf 660 Millionen Mark geschätzt. Die Liegenschaften ergeben einen Ueberüberschuss von 29 800 M. Zuschüsse erfordern folgende Verwaltungen: Gemeinde 327 508 M., Polizei 149 500 M., Hochbau 87 040 M., Tiefbau und Kanal 713 430 M., Armenetat 50 300 M., Schulwesen 518 500 M., Feuerlöschwesen 77 885 M., Kapital- und Schuldenverwaltung 510 261 M. Das Extraordinarium beläuft sich auf 3 397 163 M.

Der von dem Gemeindevorstande **Friedrichshagen** mit der Etatberatskommission aufgestellte Gemeindecinhaltsetat für das Rechnungsjahr 1906 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 528 500 M. Nach dem Entwurf werden die Steuerzuschläge von 130 auf 145 Proz. erhöht. Diese Erhöhung wird notwendig durch die Kosten für die Kanalisation, der Verwaltung, der Gesundheitspolizei, insbesondere aber durch die von Jahr zu Jahr größer werdenden Ausgaben für Schulen, Armen- und Waisenverwaltung. Die Positionen der Einnahme des Etatentwurfs setzen sich zusammen: aus Vorjahren 100 M., gewerbliche Unternehmungen 83 905 M., Kanalisation 58 000 M., Kurparkverwaltung und Verschönerung des Ortes 2900 M., Hauptpolizeiverwaltung 1800 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindefschulden 220 M., Gemeindegrundstücke 3275 M., Straßen und Wege 106 M., Feuerlöschwesen 240 Mark, Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 4329 Mark, Volksschule 9881 Mark, höhere Schulen 29 821,85 Mark, Gesundheitspolizei 3775 Mark, Armenverwaltung 522 Mark, indirekte Steuern 37 650 M., direkte Steuern 293 054 M., insgesamt 21,15 M. — Die Positionen der Ausgabe bestehen aus: den Vorjahren 1000 M., gewerbliche Unternehmungen 64 581 M., Kanalisation 58 000 M., Kurparkverwaltung und Verschönerung des Ortes 3502 M., Hauptpolizeiverwaltung 3065,90 M., Verzinsung und Tilgung der Gemeindefschulden 17 970,18 M., Gemeindegrundstücke 3100 M., Straßen und Wege 33 903,25 M., Feuerlöschwesen 1900 M., Gemeinde-, Amts- und Standesamtsverwaltung 69 652 M., Volksschule 116 546,57 M., höhere Schulen 69 500 M., Gesundheitspolizei 13 145 M., Armenverwaltung 21 005 M., indirekte Steuern 55 M., direkte Steuern 46 000 M., insgesamt 4314,10 M. — Die Spezial-etats schließen ab in Einnahme und Ausgabe: der Betrieb der Pferdebahn mit 32 605 M., das Realgymnasium 66 500 M., die Wasserleitung 46 800 M., die Kanalisation 58 000 M.

Charlottenburg.

Freie Volkshäuser Charlottenburg. Die heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus stattfindende ordentliche Generalversammlung der Charlottenburger Freien Volkshäuser, auf die wir an dieser Stelle nochmals hinweisen, wird durch einen Vortrag des Herrn Dr. Broch über „Gerhart Hauptmann“ eingeleitet werden. — Die nächste Vorstellung findet am Freitag, 16. März, statt. Zur Aufführung an diesem ersten Theaterabend des neuen Geschäftsjahres gelangt Leop. Kamps's Revolutionsdrama „Am Vorabend“. Die Mitglieder werden dringend gebeten, noch vor diesem Termin die abgelaufenen Mitgliedsarten bei ihren Zahlstellen gegen neue umzutauschen, da am letzten Tage der Andrang zu groß und die Arbeit des Ausschreibens nicht ohne Unbequemlichkeiten zu bewältigen sein würde. Neueintretende Mitglieder, die den Wunsch haben, bereits der Aufführung des Kampfschen Dramas beizuwohnen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei Anmeldungen, die nach dem 13. März eintreffen, eine rechtzeitige, für diese Vorstellung bereits gültige Aufnahme in den Verein statutengemäß nicht mehr möglich ist. Zahlstellen sind: E. Müller, Rosinenstraße 3 (Volkshaus); A. Will, Kirchstr. 30; Friedr. Paesler, Schlüterstr. 8; Franz Schmidt, Wilmersdorferstr. 130; Konsumverein, Wilmersdorferstr. 27; Konsumverein II, Potsdamerstr. 12; Gustav Wigalle, Schloßstr. 20a; Wilhelm Warrer, Wilmersdorfer, Gieselerstr. 14; Käster, Wilmersdorfer, Pauenburgerstr. 20.

Rigdorf.

Ein ganzes Geschäft zusammengefallen. Durch einen Zufall sind jetzt zahllose Diebstähle ans Tageslicht gebracht worden, deren Ausbeute zur Gründung und weiteren Verfolgung eines Geschäftes herhalten mußte. Seit etwa einem Jahre war der Währige Hausdiener Rudolf Glöfen in dem Seifenverhandlung „Heimlich“ in der

Arndtstr. 23 beschäftigt, mußte aber vor einigen Tagen wegen Unregelmäßigkeiten entlassen werden. Die bisherigen Arbeitgeber des jungen Mannes hatten keine Ahnung davon, daß dieser bereits seit Oktober v. J. selbst Inhaber eines Seifengeschäfts in der Weisestr. 49 in Rigdorf war, noch weniger aber vermuteten sie, daß sich G. den weitaus größten Teil seines Warenbestandes im Laufe der Zeit zusammengekauft hatte. Allerdings war das Verschwinden größerer Warenmengen schon längst aufgefallen, doch man ahnte nicht, daß der Hausdiener wie ein Rabe stahl. Erst ein Zufall führte zur Entdeckung dieser Tatsache. Gestern hatte der Seifenmeister der Seifenfabrik, welcher dem erwähnten Verhandlung die Waren liefert, in Rigdorf Bekannte besucht und kam dabei auch an dem Geschäft des G. vorüber. Er wäre jedenfalls achlos weitergegangen, wenn er nicht zufällig den ihm bekannten früheren Hausdiener in dem Laden hätte stehen sehen. Dem Seifenmeister kam die Sache verdächtig vor, er trat an das Schaufenster heran, sah zu seinem Erstaunen am Geschäft den Namen des Hausdieners und entdeckte, daß viele der im Schaufenster ausliegenden Waren aus dem Verhandlung stammten. Nach Berlin zurückgekehrt, machte er dem ehemaligen Arbeitgeber des G. von seinen Wahrnehmungen sofort Mitteilung. Es wurde die Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt und in Gegenwart der Beschlagnahmehmer eine Hausdurchsuchung in dem G.'schen Geschäft vorgenommen. Das Ergebnis war ein überaus reiches; fast das gesamte Warenlager war zusammengekauft. Seifen, alle möglichen Toiletteartikel, ferner Beisen, Bürsten, Pinsel, Einkaufstaschen, Schuermittel, Glühbirnen, kurz und gut alles, was man in besseren Seifengeschäften käuflich erhält, war in dem G.'schen Laden zu finden und alles war gestohlen. Das ganze Warenlager wurde beschlagnahmt und der „Geschäftsinhaber“ verhaftet. G. ist bereits siebenmal vorbestraft. Mit seiner „Selbständigkeit“ dürfte es nun wieder für längere Zeit ein Ende haben.

Pankow.

Eine neue Verkehrsverbindung zwischen Berlin und Pankow ist projektiert. Es handelt sich um eine Automobilomnibusverbindung Berlinerstraße—Schönhauser Allee—Opershaus—Markgrafstraße bis zum Kreuzberg. Die Gemeinde Pankow gedenkt in absehbarer Zeit einen Vertrag mit der Direktion des neuen Unternehmens abzuschließen.

In einem Monat Festungshaft begnadigt wurde der zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte Administrator Grollmus vom Rittergut Wäldenbeck, das der Gemeinde gehört. Grollmus war verantwortlich gemacht worden für einen Zusammenstoß seines Fuhrwerks mit einem Straßenbahnwagen, wobei der auf dem Wagen sitzende Gemeindefreiwärter Franke seinen Tod fand. Das Gnadenersuchen vom Gemeindevorstand und der Gemeindevertretung beschworwort worden.

Schöneberg.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung arbeitete im Eiltempo. In kaum fünfzig Minuten wurden nicht weniger denn 23 Tagesordnungspunkte erledigt. Die Vorlage, die Errichtung einer Freibank betreffend, die schon in einem Ausschuss beraten wurde, hat der Magistrat plötzlich zurückgezogen. Die früher behagten Bedenken wegen Unterbringung der Freibank auf dem Schulgrundstück in der Oberstraße sollen jetzt nicht mehr bestehen. Mit dem Polizeipräsidenten soll deshalb in Verhandlung getreten werden.

Bezüglich der Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule bemerkte Stadt. Jobel, daß eine derartige Einrichtung in verschiedenen Nachbargemeinden bestünde und daß Schöneberg in dieser Beziehung nachhinkte. Der Magistrat antwortete, daß er am 10. November 1905 beschloffen habe, die obligatorische Schule zum 1. April 1906 zu errichten, sofern der Staat gemäß eines früher gefaßten Beschlusses die gesamten Kosten übernimmt. Dann würde der Magistrat der Versammlung das bereits fertig vorliegende Ortsstatut zur Zustimmung überreichen.

Gelegentlich der Nachberatung von 300 M. für das Gewerbegericht regte Stadt. Gohseiner an, die Wahlen zum Gewerbegericht an einem Sonntage stattfinden zu lassen, wie dies schon in einem Nachbarorte der Fall sei, eine Anregung, die schon längst von sozialdemokratischer Seite gegeben worden ist. Genosse Ritter hob bei dieser Gelegenheit die Unzulänglichkeit der Wahllokale hervor. Es sei vorgekommen, daß die Wahlhandlung abgebrochen werden mußte, weil die Räumlichkeiten nicht genügten. Auch bei der Zulassung zur Wahl seien von dem Wahlvorsteher Schwierigkeiten bezüglich der Legitimation gemacht worden. Hier solle der Magistrat Remedur schaffen.

Einem Ausschuss überwiesen wird eine Magistratsvorlage, die Errichtung einer Bedürfnisanstalt im neuen Berliner Ortsteil betreffend. Die Kosten für diese Anlage sind auf 11 300 M. veranschlagt.

Da aus dem Staatsauschusse ein Mitglied ausscheidet, verlangten unsere Genossen entsprechend unserer Fraktionsstärke diesen Sitz. Obwohl wir lediglich unser Recht geltend machen, auch der Staatsauschuss unter der Vermittlung der bürgerlichen Vertreter öfter beschlußunfähig ist, will man von einem zweiten Sozialdemokraten in diesem Ausschusse nichts wissen. Die Sache ging an den Wahlschuss.

Sichtenberg.

Wahrung! Gewerbegerichtswahlen! Am Montag, den 6. März, finden die Wahlen der Weisiger zum hiesigen Gewerbegericht statt. Die Wahlzeit ist nachmittags von 3-8 Uhr. Gewählt wird in vier Bezirken. 1. Bezirk, Wahllokal: Lokal von Schwarz, Dorfstraße. 2. Bezirk, Wahllokal: Lokal von Gurk, Frankfurter Chaussee. 3. Bezirk, Wahllokal: Restaurant Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee. 4. Bezirk, Wahllokal: Aula der Gemeindefschule, Kronprinzentrage.

Zu wählen sind acht Weisiger aus dem Stande der Arbeitnehmer.

Zur weiteren Agitation findet am Freitag, den 3. März, im ganzen Orte eine Flugblattverbreitung statt. Die Gewerkschafts-genossen sowie die Mitglieder des Wahlvereins ersuchen wir, sich an derselben zahlreich zu beteiligen. Je mehr Kräfte sich zur Verfügung stellen, umso leichter ist die Arbeit. Treffpunkt in den bekannten Bezirkslokalen. Gleichzeitig geben bekannt, daß am Sonntag, den 4. März, mittags 12 Uhr, eine öffentliche Versammlung stattfindet. Tagesordnung: Die Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiter. Referent: Arbeitersekretär Genosse Ad. Ritter. Diskussion. J. U.: Das Wahlkomitee. A. Wuse.

Friedrichsfelde.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, von der Landesversicherungsanstalt Brandenburg ein Darlehen von

160 000 M. zu 3/2 Proz. aufzunehmen. Die Aufnahme von 1 500 000 M. bei der Kreisparafasse Weeslow-Storkow zerstückelt sich, da letztere ihre Aufgabe zurückzog. — Der Schulvorstand beantragte im Anbau des Karlsdorfer Schulhauses die Einrichtung eines größeren Zimmers zwecks Zeichen- und Geometrieunterrichts ferner Einrichtung von Gasbeleuchtung. Genosse Pinfeler beantragte, gleichzeitig dort auch eine Brausebadeinrichtung für die Schulkinder zu schaffen. Dieser Antrag wurde zurückgestellt, die Kosten für den Antrag des Schulvorstandes in Höhe von 700 M. bewilligt. — Die Bewilligung zur Verlegung des Druckrohrs nach dem Nieselfeld Winkelhofe in die Provinzialbaukasse ist eingetroffen. Die Gemeinde hat an die Provinzialverwaltung per laufenden Meter und Jahr 0,10 M. zu zahlen. Diefem Verträge wurde zugestimmt.

Bei der Wahl eines zweiten Waisenrates für Karlsdorf beantragte Genosse Pinfeler, Frauen zur Waisenpflege heranzuziehen. Er fand aber damit keine Gegenliebe, es wurde ein Herr Thom-Karlsdorf gewählt.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Antrag des Gemeindevorstehers: „Bewilligung von Kosten für die Vorarbeiten zum Bau eines Rathhauses“. War schon den meisten Gemeindevorstehern dieser Antrag ganz plötzlich gekommen, so überlachte es noch mehr, daß auf dem Platz eines jeden Vertreters ein vier Seiten langes Schriftstück des Gemeindevorstehers zur Begründung des Antrages lag. Zum Staunen der meisten Anwesenden wartete der Gemeindevorsteher auch gleich mit dem Entwurf eines Architekten aus Berlin auf.

In der schriftlichen Begründung, die die bestehenden Verhältnisse als unhaltbar schilderte, war darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung in den letzten 10 Jahren um 105 Proz. zugenommen habe, und sich die Verwaltungsgeschäfte erheblich vermehrt hätten. Die Fertigstellung der Nord-Ost-Kreisbahn, deren Endstation Friedrichsfelde sei, auch die Kanalisation mußten herhalten, um die Notwendigkeit des Rathhauses darzutun. Aber alle aufgewandte Mühe des Gemeindevorstehers war erfolglos. Derselbe erklärte, vor ein paar Jahren brauche der Bau nicht in Angriff genommen zu werden, man möge doch wenigstens die erforderliche Summe von 10 bis 14 000 M. zur Ausarbeitung eines Voranschlags bewilligen und mit der Anfertigung den Verfasser des vorgelegten Entwurfs beauftragen. Der Gemeindevorsteher rief auch gleichzeitig von der Ausschreibung einer Konkurrenz zur Erlangung von Entwürfen ab, da seiner Meinung nach ein besserer Entwurf nicht hergestellt werden könne. Die Kosten des Rathhauses sollten nach dem vorgelegten Entwurf circa 300 000 M. betragen. Alle Gemeindevorsteher, die das Wort zur Sache nahmen, bestritten die Notwendigkeit eines Rathhauses. Genosse Pinfeler kritisierte die Augenblickspolitik. Im Oktober v. J. seien im neuen Amtgebäude in der Wilhelmstraße drei Wohnungen mit zusammen 10 Räumen durch Beamte bezogen; es mögen erst diese Räume zu Bureauzwecken benutzt werden. Redner begrüßte die, wenn auch post festum erfolgte Vorlegung einer schriftlichen Begründung, nur sei die Benutzung heute nicht möglich. Gerechtes Erwachen rief die Unmöglichkeit des sogenannten dreiblättrigen Kleeblattes (Gemeindevorsteher und die Schöffen Ulrich und Bedardich) hervor. Bedardich empfahl die jetzige Wohnung des Vorstehers zu Bureauzwecken zu benutzen. Der Vorsteher möge sich anderwärts Wohnung suchen usw. Der Gemeindevorsteher zog seinen Antrag vorläufig zurück.

Notawaves.

Die am Mittwoch stattgefundene Gemeindevertreterversammlung in Notawaves beschäftigte sich mit der ersten Lesung des Stats. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 199 300 M. ab, und wird eine Ermäßigung der Gemeinde-Einkommensteuer um 8 Proz. vorgeschlagen, so daß in Zukunft nur 132 Proz. statt bisher 140 Proz. Zuschläge zur Staats-Einkommensteuer erhoben werden sollen. — Kerner gab die Vertretung ihre Zustimmung zur Pflasterung des Sommerweges und Anlegung eines Radfahrweges in der Lindenstraße. Die Kosten hierfür, welche insgesamt 18 000 M. betragen, verteilen sich dermaßen, daß die Gemeinden Notawaves und Neuenhof sowie der Kreis Teltow je ein Drittel zur dieser Summe beisteuern. — Einem Antrage der Einwohner der Ludwigstraße auf Pflasterung derselben wurde insoweit entsprochen, als die Vertretung beschloß, eine Seite derselben mit Mosaik belegen zu lassen; die Kosten hierfür betragen 262 M.; die Pflasterung der gegenüberliegenden Seite wurde bis nach Legung der Kanalisationsröhren vertagt. — In der nichtöffentlichen Sitzung kamen einige Personenfragen zur Verlesung. Einem Antrage des Gemeindebauweisers Klinge wurde soweit stattgegeben, daß demselben eine jährliche Entschädigung von 600 M. für Dienstreisen zugestimmt wurde, hingegen wurde ein Wunsch des Pastors Dessin um einen Gehaltszuschuß von 600 M. jährlich abgelehnt.

Spandau.

Eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten fand am Donnerstag, den 22. Februar statt. Es handelte sich um das Projekt der Herstellung eines Haveldurchstichs in den Götzelwiesen zu Spandau. Der Oberbürgermeister Kölze eröffnete die Sitzung und bemerkte, daß die Angelegenheit in der von der Stadtverordnetenversammlung gewählten gemischten Kommission wiederholt durchberaten worden ist. In der letzten Sitzung der Kommission sei der Wunsch ausgesprochen worden, das Projekt den weitesten Kreisen zugänglich zu machen, deshalb die Besprechung in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten. Stadthaupt Paul erläuterte das Projekt. Die Regierung, die vor allem an dem Haveldurchstich ein Interesse hat, will der Stadt Spandau eine Unterstützung von 500 000 M. zumommen lassen, wenn die Stadt Spandau den Durchstich übernimmt. Außerdem soll der Stadt der durch den Durchstich frei werdende Havelstrom in einer Länge von 1015 Meter und durchschnittlicher Breite von 60 Meter nebst den dazu gehörigen Kreisbögen und Uferbefestigungen unentgeltlich überlassen werden. Zur Ausführung des Projektes müßte das Gelände auf beiden Seiten des jetzigen Havelufers angekauft werden. Es handelt sich um insgesamt 25 Hektar 57 Ar 91 Quadratmeter, eine Fläche, von deren Umfang man sich am besten eine Vorstellung macht, wenn man bedenkt, daß die ganze Altstadt nur eine Bodenfläche von 22 Hektar und 11 Ar besitzt. Ueber den Durchstich hinweg wäre eine Brücke herzustellen, und damit würde eine Straßenverbindung zwischen der Wilhelmstadt und dem Stresow geschaffen werden und zugleich eine zweite Verbindung Spandaus mit Charlottenburg und Berlin. Aber auch der Stadtteil Stresow würde von dieser neuen Straßenverbindung großen Vorteil haben, da er endlich, soweit er außerhalb der Umwallung liegt, der Bebauung erschlossen werden könnte. Auf dem Grund und Boden zwischen der Hamburger Eisenbahn und der Charlottenburger Druckrohparkelle, d. i. eine Fläche von 43,3 Hektar könnten nach erfolgter hiesiger Erschließung 16 400 Einwohner Wohnung finden, bei der Bebauung des nördlichen Teils der Freiheitswiesen zwischen der Hamburger Bahn und den an der Spree gelegenen südlichen Wiesen noch 3200 und bei Bebauung auch der südlich der Charlottenburger Druckrohparkelle liegenden Freiheitswiesen im ganzen circa 27 000 Personen, denn in diesem Falle würde die ganze der Bebauung erschlossene Fläche 72 Hektar umfassen. Die Bewertung des in den Götzelwiesen anzuliegenden Geländes ist so gedacht, daß der Teil zwischen der Götzelstraße und dem neuen Durchstich vollständig verkauft wird in Parzellen, die sich zur Bebauung von Wohnhäusern an der Götzelstraße und Herstellung von Lager- oder ähnlichen Plätzen zwischen diesen Wohnhäusern und dem Durchstich eignen. Der südliche Teil dieser Fläche, der schon jetzt in einem Umfang von 80 Hektar 25 Quadratmeter der Stadtgemeinde Spandau gehört, soll als Stätte- und Liegeplatz und zwar ganz besonders für das Ausladen von Baumaterialien für die Wilhelmstadt beibehalten werden. Die Einteilung der durch den Durchstich entstehenden Insel soll in der Weise vorgenommen werden, daß an dem Westrande der alten Havel ein breiter Stätte- und Lagerplatz eingerichtet wird, nördlich und südlich der Verbindungsstraße sollen auch auf dieser Insel Vorstellen verkauft werden. Für die Lage der Verbindungsstraße sind sieben verschiedene Stützen angefertigt worden. Ein Durchschnittspreis von 20 M. für den Quadratmeter könne beim

öffentlichen Verkauf erzielt werden. Das zu beschaffende Anleihekaptal beträgt 2 182 784 M., die Kosten des Grundwertes betragen 1 405 000 M., die des Durchstichs 403 789 M. Die Anleihe soll in den ersten sechs Jahren nur verzinst und erst vom siebenten Jahre ab getilgt werden. Falls es gelingt, vom Staate statt des angebotenen Zuschusses von 500 000 M. einen solchen von 600 000 M. zu erhalten, wird die Durchführung der Angelegenheit sehr erleichtert. In der Kostenberechnung wird ferner hervorgehoben, daß die vom Staat an die Stadtverwaltung abzutretende Wasserfläche einen Wert von 159 000 M. repräsentiere. Die Ausführung eines Hafens würde circa 475 000 M. erfordern. Die Lage Spandaus erfordere die Notwendigkeit eines Hafens. Andere Städte haben trotz großer finanzieller Aufwendungen mit Hafenanlagen große Geschäfte gemacht. Rentieren würde sich die Hafenanlage unbedingt, aber wenn die Stadtverordnetenversammlung anderer Ansicht ist, so kann das Durchstichprojekt auch für sich allein ausgeführt werden. Mit einer nochmaligen Empfehlung der Annahme der Vorlage schloß Redner seine Darlegungen. Für die Vorlage sprachen die Stadtverordneten Müller, Dr. Baumert, Kapfe, Bender, Schmidt I (Soz.), Dr. Engelhard und Schulze, gegen die Vorlage nur Stadtrat Reimide. Die Vorlage gelangte noch nicht zur Abstimmung, diese ist aber in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu erwarten.

Beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen stürzte Sonntagabend 7 1/2 Uhr in der Schönwalderstraße ein Mann so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er sich eine Rippenverletzung zuzog. Der Verunglückte wurde in seine Wohnung befördert, wo er längere Zeit an den Folgen des Unfalls darniederliegen dürfte.

Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich am Sonntag an dem Festungsgraben bei der Streitstraße, nahe der Havel. Der zwölfjährige Knabe Wilhelm Ruff, Sohn eines Gasanalarbeiters aus der Schäferstraße, begab sich auf die dünne Eisdecke und brach ein. Der 11 Jahre alte Knabe Wollenberg wollte ihm Hilfe bringen, brach aber, als er kaum das Eis betreten hatte, ebenfalls ein. Auf das Geschrei der in Lebensgefahr schwebenden Kinder eilte der Arbeiter Belker herbei, der durch Legen von Brettern auf das Eis den verunglückten Wollenberg erreichte und ans Land schaffte. Ruff war inzwischen untergegangen und als man auch ihn wieder an die Oberfläche brachte, war der Tod bereits eingetreten. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg. Die Eltern des Ertrunkenen sind untröstlich, da sie ihren einzigen Sohn verloren haben.

Berliner Nachrichten.

Vom Schlachtfeld der Reugier.

Am Montag, nach dem Einzug der Prinzessin, hat die patriotische erregte Menge in der „Linden“-Gegend wieder die bekannten Szenen aufgeführt, die den Abschluß solcher höfischen Veranstaltungen zu bilden pflegen. Als die Reugier genug hatte und nach Hause wollte, entstand in läster Lärm und ein wildes Gedränge. Neben der Kranglerischen Konditorei wurde von dem begeisterten „Volk“ eine Schaufensterscheibe eingedrückt.

Zahlreich waren die Unfälle, die sich nach dem Einzug und zum Teil schon vorher ereigneten. Wer etwas zu sehen kriegen wollte, der war genötigt, sich so zeitig einzufinden, daß er noch vier bis fünf Stunden auf demselben Fleck stehen mußte, ehe der Zug kam. Schon das ist eine Leistung, die mancher nicht ohne Gesundheitschädigung erträgt. Der Verband für erste Hilfe hatte mit der Sanitätskolonne und der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger einen gemeinsamen Sanitätsdienst eingerichtet. Die Helfer bekamen reichlich zu tun: in 138 Fällen mußte Erkrankten und Verunglückten Beistand und erste Hilfe geleistet werden. Reißt handelte es sich nur um Ohnmachten, von denen besonders viele Frauen in dem Gedränge befallen wurden. Aber auch schwerere Fälle kamen vor, blutende Wunden und Verletzungen bedeutlicher Art, mehrere Armbrüche und eine Gehirnerschütterung. Neunmal mußten Krankenwagen benutzt werden, um die Erkrankten oder Verletzten nach ihren Wohnungen oder in Krankenhäuser zu bringen.

Wenn die Schaulust Befriedigung heischt, dann geht eben alles drunter und drüber. Die „Volks-Zeitung“, die — gleich dem „Berl. Tageblatt“, der „Morgenpost“, dem „Total-Anzeiger“ usw. — durch ihre schweißbedelnde Vorausbereitschaft über die bevorstehenden Einzugsfreuden mit dazu beigetragen hatte, die liebe Reugier mobil zu machen, will jetzt hinterher der Polizei die Verantwortung für das entstandene Gedränge aufpacken. Das Blatt klagt, trotz eines Niesenaufgebotes von Schutzleuten sei die Regelung des Verkehrs nach dem Einzuge äußerst mangelhaft gewesen, nach Auflösung der stehenden Volksmassen habe die Polizei sich der Situation nicht gewachsen gezeigt. Hier kommt der „Vorwärts“ wieder einmal in die Lage, die Polizei gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz nehmen zu müssen. Wenn sie nur gevollt hätte, so wäre es ihr sehr rasch gelungen, die patriotische Erregung der Menschen zu dämpfen. Oder vielmehr: wenn sie es nur gedurst hätte!

Bei anderen Gelegenheiten pflegen unsere Berliner Schutzleute sich bald genug darauf zu bestimmen, daß sie am Leibe ein paar Fäuste zum Packen und an der Hüfte einen Säbel zum Hauen haben. Was wäre wohl am 21. Januar geschehen, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter nach Schluß der Versammlungen nicht ruhig nach Hause gegangen wären?! Da hätte mal ein einziger Arbeiter es riskieren sollen, der Polizei so entgegenzutreten, wie ihr am Montag die begeisterungsstrunfene „gute Gesellschaft“ entgegengetreten ist. Es hätte mal eine Gruppe von Arbeitern versuchen sollen, sich Zutritt zu einer etwa von Schutzleuten gesperrten Straße zu erzwingen, wie es am Montag in der „Linden“-Gegend an verschiedenen Straßenecken von Scharen gutgekleideter Personen versucht und gelegentlich auch durchgeführt wurde. Zugriffen hätten die Schutzleute, ohne mit der Wimper zu zucken!

Aber am Montag durften sie das nicht. Da mußten sie von Weibern in Samt und Seide, die mit wildem Getreisch anstürmten, sich über den Haufen rennen lassen — und durften gleichfalls nicht mit der Wimper zucken. Diese Männer, die sonst so selbstbewußt auftreten und Respekt vor ihrer Uniform fordern, konnten einem wirklich leid tun, wenn man solchen Durchbrüchen toll gewordener Bürgerweiber zusah.

Der Einzugsstag und die Presse. Anlässlich der Einzugsfeierlichkeiten befragt sich wieder einmal die Presse über wenig zutreffende Behandlung. Wir finden im „Berliner Tageblatt“ folgenden Stoßfänger:

„Die Tribünen zu beiden Seiten des Platzes sind schon gegen 4 Uhr besetzt. Ringsherum drängt in fünf- und sechsfachen Gliedern das Publikum, soweit es Zeit genug gehabt hatte, sich hier stundenlang vorher aufzustellen. Den Vertretern der Presse gelingt es nur mit Aufwand vieler Verechtsämter, wenigstens die vorderste Reihe dieser unruhig stehenden Menge einzuräumen zu erhalten. Ganz im Gegensatz zu der vernünftigen Behandlung, die der Presse zumeist bei der

Kronprinzenhochzeit zuteil wurde, ganz im Gegensatz auch, wie wir bestimmt wissen, zu den Intentionen des Polizeipräsidenten, im Gegensatz sogar zu der Freundlichkeit der Unterbeamten, verstanden einige Polizeioffiziere ihre Aufgabe so falsch, daß sie den Vertretern der Presse die Arbeit nicht erleichterten, sondern durch scharfe Anreden erschwerten. Nicht ohne Vellommenheit sahen wir die Auslandskollegen unter uns, die hier wie aus einem Werd den Vorkängen folgen mußten und von Berliner Ungastlichkeit und vorurteiliger Schroffheit nun wieder werden zu erzählen wissen. . . .“

Und an einer anderen Stelle heißt es: „Vor dem Schlosse hatte man die Vertreter der Presse glücklich auf dem Bürgersteig an die Adlerläule postiert, die von der Bahn des Zuges um mehr als eine kräftige Straßenbreite getrennt war. Dort konnte man, auf den Spitzen stehend, dem Schauspiel beizuhören, denn die erste Reihe wurde durch eine Anzahl von Frauen und Mädchen in Anspruch genommen, die ein natürliches Anrecht auf Bevorzugung durch das Hofmarschallamt haben, da ihre Gatten oder Väter dem subalternen Soldatenstand oder der Polizei angehören.“

Um 4 1/2 Uhr, als man seine Plätze einzunehmen hatte, war außer der Abperrung noch kein festlicher Vorgang auf dem Platz vor dem Lustgarten zu beobachten. Die uns „vorgestellten“ Damen versuchten, sich die Zeit und die kalten Füße zu vertreiben, indem sie in bescheidenem Maße zu „müllern“ begannen, das heißt, jene merkwürdigen Körperbewegungen machten, die so heilsam für alle möglichen Gebrechen sein sollen. Doch sie sahen bald ein, daß das keine geeignete Tätigkeit für das Hochzeitsfest eines kaiserlichen Prinzen sei, und beschränkten ihre Bewegungen auf die des Rundes. Sie erregten sich ganz gewaltig darüber, daß da draußen auf dem Lustgartenterritoir, an dem der Zug unmittelbar vorüber mußte, so viele Leute ständen, während sie sich hier in der weiten Entfernung aufhalten mußten. „Die Herren da draußen auf den guten Plätzen sind natürlich die Zeitungleute“, meinten sie. O, wenn sie gewußt hätten, daß wir noch mehr Grund zum Räsonieren hatten als sie.“

Wir können mit diesen Herren kein Mitleid empfinden. Wer sich bei jeder Gelegenheit herandrängt, muß auch gewärtig sein, gestochen und geklufft zu werden. Jeder wird so behandelt, wie er's verdient.

Der Gipfel der Begeisterung.

hatte für die lieben Berliner der 27. Februar sein sollen — der Tag, an dem der Kaiser das fünfundsiebenzigste Jahr seiner Ehe vollendete und des Kaisers zweiter Sohn mit seiner vorgefertigen nach Berlin gekommenen Braut den jungen Eheband schließen wollte. Aber die Begeisterung ist beträchtlich abgeklüht worden durch den Regen, der gestern vom frühen Morgen an herniederrieselte und zeitweise recht ergiebig auf das Straßenpflaster prasselte.

Ein bißchen sehr dünn waren daher die Reihen der „frohbelegten“ Menge, die die Umgebung des Schlosses besetzt hielt und wartete, ob es noch was zu sehen gäbe. Selbst als am Nachmittag um 1/4 Uhr die Aufsahrt der Gäste begann, die zur Trauung nach dem Schlosse geladen waren, sah man unter den Linden und im Lustgarten sehr viele „Patrioten“, die nicht da waren. Und auch bei den wenigen, die sich hinausgewagt hatten und gekommen waren, fladerte die Flamme der Begeisterung so schwach, daß wir allen Ernstes fürchteten, der nächste größere Regenguß würde sie gänzlich zum Verlöschen bringen. Ja, so sind die Menschen!

Auch die Illumination hat unter der Ungunst des Wetters zu leiden gehabt. Der Regen ließ ja nach, als es dunkel wurde, aber der (wenn das Wort erlaubt ist) Dreck, der in den Straßen lag, wirkte verstimmend und schauderte manchen rasch wieder nach Hause. Die Geschäftsleute, die durch die Illumination ihr Konto „Reklamekosten“ wieder einmal mit Tausenden und Zehntausenden von Mark belastet hatten, dürften von diesem Abend nicht sehr erbaunt gewesen sein. Doch sie sind durch das Wetter immer nur um einen Teil der erhofften Wirkung betrogen worden. Es ist dafür gesorgt, daß ihr „Patriotismus“ wenigstens in die Zeitung kommt. Die bürgerliche Presse, die freimüthig wie die konservative, läßt es sich nicht nehmen, gewissenhaft über jedes Lämpchen zu berichten, das ihre Interessen angeht.

Will man sich eine richtige Vorstellung davon machen, wie das Gros der Berliner Bevölkerung über solche höfischen Veranstaltungen denkt, so muß man in die äußeren Stadtviertel hinausgehen, wo die Arbeiterklasse haust. Dort ist es dem Arbeiter möglich, auch im Borderhause zu wohnen, und dort kann man daher an Illuminationsabenden bei einem Gange durch die Straßen sehen, was der Arbeiter zu der allgemeinen „Begeisterung“ beiträgt. Das Ergebnis des geistigen Abends lautete: Nichts! Die Straßen der Arbeiterviertel waren, wie immer, dunkel geblieben.

Diebstahl eines Automobils. Ein dreistes Diebstahlsstückchen ist vor dem Hause Kurfürstendamm 55 ausgeführt worden. Dort stand abends gegen 11 Uhr ein Automobil, welches einem in dem erwähnten Hause wohnhaften Mieter gehört und das einen Wert von 18 000 M. besitzt. Während das Fahrzeug einen kurzen Augenblick unbeaufsichtigt auf der Straße stand, schwang sich plötzlich ein Dieb hinauf und fuhr davon. Der dreiste Burche entkam mit seiner Beute ungehindert. Das Automobil, das erst kürzlich auf der Ausstellung erworben war, hat roten Anstrich, ist innen rot ausgefächelt und weist ein Segeltuchverdeck auf.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle sind gestern wieder durch den frivolen Leichtsin, während der Fahrt abzufragen, herbeigeführt worden. In der Uhlandstraße verließ der 65 jährige Rechner Friedrich Fisch einen Straßenbahnwagen der Linie O, trotzdem sich dieser noch in voller Fahrt befand. Der Unvorsichtige sprang verkehrt ab, kam zu Fall und wurde schwerverletzt. Die erste Hilfe erhielt er in der Unfallstation am Zoologischen Garten. — In ebenso leichtsinniger Weise verunglückte ein junger Mann, der in der Königs-Chaussee von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen herabsprang, mit dem Kopf auf das Pflaster aufschlag und ebenfalls schwer verletzt wurde.

Bei einer braven Rettungstat ist die 20jährige Tochter des Kaufmanns Kanal aus der Wrangelstraße 83 schwer verletzt worden. Das junge Mädchen hatte in der Küche am Herde gestanden und wollte in der Prapfanne das Mittagessen zubereiten. Dabei schlug eine Flamme in das flüssige Fett und die hierdurch entstehende Stichflamme traf eine am Herde hängende Küchensampe und brachte dieselbe zur Explosion. Die Kleidung der F. fing nun Feuer und schreiend eilte das junge Mädchen zu den Nachbarn hinaus, damit diese die Flammen an ihr erstickten. Klüglich riefte sie wieder davon und eilte nochmals nach der brennenden Küche zurück. Dort hatten sich die zwei kleinen Geschwister der F. befunden und schwebten jetzt in der größten Gefahr. Es gelang dem jungen Mädchen, auch die beiden Kinder zu retten und in Sicherheit zu bringen. Die brave hatte dabei jedoch nochmals so schwere Brandwunden an ganzen Körper erlitten, daß sie in äußerst bedenklichem Zustande in das Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte.

Ein Provisionschwinder ist gestern von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Der angebliche Reisende Ernst Reuendorf hatte bodurch Schwindelacten verübt, daß er fingierte Bestellungen aufgab und die Provision dafür eintrich. N., der schon bereits wegen ähnlicher Vergehen vorbestraft ist, war von der Staatsanwaltschaft festdrücklich verfolgt worden. Nur hatte ihn sein Schicksal erelit.